

7 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung 13:36 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, wir sind nun mit der Fragestunde Punkt genau am Ende und bedanke mich für die Einhaltung der Redezeit und alle anderen Fragen werden wie immer schriftlich dann beantwortet. Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen und auch mich gleichzeitig bei den Klubobleuten wieder bedanken für die Möglichkeit der En-Block-Abstimmungen. In der öffentlichen Tagesordnung folgen nun die folgenden Punkte: Tagesordnungspunkt 6, sowie die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 10, dann die Tagesordnungspunkte 12 bis 23, das sind alles diese Wasserentsorgungsanlagenanierungen und schließlich Tagesordnungspunkt 27. Alle diese Punkte wurden en bloc abgestimmt und einstimmig angenommen.

En bloc:

**7.1 Stk 6.) A8-018090-2006-115 Graz Tourismus und Stadtmarketing
Bestellung Abschlussprüfer**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss den folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der Abstimmung auf schriftlichem Wege gemäß § 34 GmbHG wird zugestimmt.
2. Zustimmung zur Beschlussfassung über die Abberufung der mit der Abschlussprüfung für das Wirtschaftsjahr 2023 beauftragten Wirtschaftsprüfungskanzlei Winter & Winter WirtschaftstreuhandgesmbH.
3. Zustimmung zur Beschlussfassung über die Bestellung der Wirtschaftsprüfungskanzlei Moore BG&P als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2023.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.2 Stk 8.) A1-1637-2003-42 GGZ_Dienstzulage für Bedienstete g1 ab
1.1.2024**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 45 Abs 2 Z 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 118/2021 beantragt der Ausschuss für Personal und Gendermainstreaming folgenden

Beschluss:

Gemäß § 17 Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz, LGBl. Nr. 30/1974, in der Fassung LGBl. Nr. 103/2023, iVm § 74 Abs 2 Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957, in der Fassung LGBl. Nr. 104/2023, werden den nachstehend angeführten, in Entlohnungsgruppe g1 Ia, g1 I/1, g1 I/2, g1 I/3, g1 I/4 oder g1 III eingereichten Dienstnehmer:innen ab 1.1.2024 folgende Dienstzulagen in der jeweils angeführten Höhe zuerkannt:

1. Funktionszulage für Ärzt:innen, die

- mit der dienstplanführenden Funktion betraut oder
 - für die gesamte Krankenanstalt hygienebeauftragt oder
 - für die gesamte Krankenanstalt notfallbeauftragt oder
 - für den medizinischen Bereich risikomanagementbeauftragt
- sind € 158,59 mtl.

Die Funktionszulage gebührt ab dem der Bestellung folgenden Monatsersten für die Zeit der Ausübung dieser Funktion.

2. Psycholog:innen-Zulage € 405,23 mtl.

Die Dienstzulagenverordnung 2020 findet auf Bedienstete, die in eine der Entlohnungsgruppen g 1 eingereicht sind, keine Anwendung. Hinsichtlich Verwendungsänderung und Valorisierung gelten die Bestimmungen der zitierten Verordnung sinngemäß.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.3 Stk 9.) A1-1637-2003-43

**GGZ_Funktionszulage für Ärzt:innen g ab
1.1.2024**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 45 Abs 2 Z 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 118/2021 beantragt der Ausschuss für Personal und Gendermainstreaming folgenden

Beschluss:

Gemäß § 17 Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz, LGBl. Nr. 30/1974, in der Fassung LGBl. Nr. 103/2023, iVm § 74 Abs 2 Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957, in der Fassung LGBl. Nr. 104/2023, werden den nachstehend angeführten, in Entlohnungsgruppe g I/a oder g I/1 bis g I/4 eingereichten Dienstnehmer:innen ab 1.1.2024 folgende Dienstzulagen in der jeweils angeführten Höhe zuerkannt:

Funktionszulage für Ärzt:innen, die

- mit der dienstplanführenden Funktion betraut oder
 - für die gesamte Krankenanstalt hygienebeauftragt oder
 - für die gesamte Krankenanstalt notfallbeauftragt oder
 - für den medizinischen Bereich risikomanagementbeauftragt
- sind

€ 156,06 mtl.

Die Funktionszulage gebührt ab dem der Bestellung folgenden Monatsersten für die Zeit der Ausübung dieser Funktion.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.4 Stk 10.) A1-49843-2017-33 Reisekostenverordnung 2017_2. Abänderung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 45 Abs. 2 Z 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 118/2021 beantragt der Ausschuss für Personal und Gendermainstreaming folgenden

Beschluss:

1. Dem im Anhang befindlichen Entwurf der Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 18.1.2024 mit der die Reisekostenverordnung 2017 geändert wird, wird auf Grundlage des & 31 j Abs 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957 zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 104/2023, zugestimmt.
2. Die Regelung des im Anhang befindlichen Verordnungsentwurfes gilt auch für alle städtischen Vertragsbediensteten, auf die die Reisekostenverordnung 2017 sinngemäß anzuwenden ist.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.5 Stk 12.) A8-013061-2020-11 Abwasserentsorgungsanlage BA 176;
Sanierung Fröhlichgasse**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer C005050 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 82.500, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.6 Stk 13.) A8-042984-2020-8 Abwasserentsorgungsanlage BA 78 ZSK

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer C006298 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 232.500, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.7 Stk 14.) A8-042999-2020-10 Abwasserentsorgungsanlage BA 225 Smart
City**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer C005279 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 60.000, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.8 Stk 15.) A8-043013-2020-9 Abwasserentsorgungsanlage BA 186
Sandgasse**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer C005294 vom

28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 115.500, --
gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.9 Stk 16.) A8-043022-2020-8 Abwasserentsorgungsanlage BA 193
Nothelferweg**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch
die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer C005305 vom
28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 25.500, -- gewährt
wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.10 Stk 17.) A8-047400-2020-9 Abwasserentsorgungsanlage BA 185
Waltendorfer Hauptstr.**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer C005733 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 150.000, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.11 Stk 18.) A8-063769-2020-6

**Abwasserentsorgungsanlage BA 181
Riesstraße**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer C005732 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 46.500, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.12 Stk 19.) A8-063770-2020-7

Abwasserentsorgungsanlage BA 194 Lange Gasse

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer C005734 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 45.000, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.13 Stk 20.) A8-072465-2019-7

Abwasserentsorgungsanlage BA 177

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer B905793 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 118.500, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.14 Stk 21.) A8-078292-2019-8 Abwasserentsorgungsanlage BA 183
Marschallgasse**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer B905887 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 48.000, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.15 Stk 22.) A8-089901-2019-6 Abwasserentsorgungsanlage BA 178

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer B906029 vom

28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 88.500, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.16 Stk 23.) A8-089904-2019-10 Abwasserentsorgungsanlage BA 184

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer B906030 vom 28.11.2023, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 97.800, -- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.17 Stk 27.) KFA-50125-2023 logopädie austria Berufsverband der
österreichischen Logopäd:innen**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ausschuss der KFA stellt daher den

Antrag

der Gemeinderat wolle dem Vertragsbeitritt der Stadt Graz für die Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz, zu der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Beilage / .A zwischen dem Berufsverband der österr. Logopädinnen und Logopäden, „logopädie austria“ und der KFA Wien geschlossenen Rahmenvereinbarung vom 01.06.2022 mit Wirksamkeit 01.01.2024, beschließen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen damit zur Berichterstattung und ich darf Frau Gemeinderätin Miriam Herlicska bitten, den Tagesordnungspunkt 1, Klimaschutz, Sonderförderung für 2024, zu berichten.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Herlicska

**7.18 Stk 1.) A10BD-85394-2019-77 Klimaschutz-Sonderförderung 2024
A23-32670-2020-73**

Gemeinderätin **Herlicska**:

Ja, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich darf Ihnen und euch heute ein Stück berichten aus dem Umweltamt. Es geht um die Klimaschutz-Sonderförderung, insbesondere um ein Thema, das uns sicher allen schon ins Auge gestochen ist. Es handelt sich um eine Neuerung im Stadtbild, die immer mehr zunimmt: die Photovoltaikkleinanlagen für Balkone, auch bekannt als Balkonkraftwerke. Diese Photovoltaikanlagen haben eine Leistungsbegrenzung von 800 Watt Peak. Heute geht es darum, eine Verlängerung der Förderung für diese Anlagen zu diskutieren, für den Fall, dass sich jemand zu Hause eine solche Anlage anschaffen möchte. Analog zum letzten Jahr ist es hier eine Förderung für bis zu 50 % der Anschaffungskosten, wobei ein Maximumwert von 400 Euro gefördert wird. Das sind 100 Euro weniger als im letzten Jahr. Das begründet sich dadurch, dass ab dem nächsten Jahr PV-Anlagen mit einer Leistung bis zu 35 Kilowatt-Peak von der Umsatzsteuer befreit werden. Das heißt, diese Anlagen werden ohnehin günstiger und daher auch die Förderung von 400 Euro. Das ist eigentlich die größte Änderung, die es zu diesem Stück zu sagen gibt. Wir haben das Stück auch im Umweltausschuss diskutiert und es wurde dort einstimmig angenommen.

Diese Anlagen, wie gesagt, sind sehr beliebt und der Antrag selbst beläuft sich eben nun darauf, dass diese Förderung mit den vorher genannten Änderungen weiter gewährt wird, rückwirkend ab 01.01.2024 bis Ausschöpfung des Fördervolumens beziehungsweise 31.12.2024. Die erforderlichen Budgetmittel von 300.000 Euro kommen aus dem LCF der Stadtbaudirektion.

Förderungen mit geringen Abweichungen können mit der entsprechenden Begründung vom zuständigen Stadtssenatsreferenten, der Referentin, auch genehmigt werden.

Abgewickelt soll die Förderung wieder über die GEA werden, wie das sich im Vorjahr auch bewährt hat, dass wir an die Punkte, die der Gemeinderat beschließen wolle, und ich bitte um breite Zustimmung. Dankeschön.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Klimaschutz-Sonderförderung 2024 „Richtlinie für die Förderung von Photovoltaik-Kleinstanlagen für Balkone“ wird, inklusive der im Motivenbericht angeführten Änderungen, gem. Beilage genehmigt.*
- 2. Die Klimaschutz-Sonderförderung 2024 gilt rückwirkend vom 01.01.2024 bis zur Ausschöpfung des Fördervolumens bzw. bis 31.12.2024.*
- 3. Die Bedeckung der erforderlichen Budget-Mittel erfolgt über den LCF der Stadtbaudirektion. Die erforderlichen Budgetmittel iHv. 300.000 € liegen auf der Budgetstrukturplankombination:*
 - Fisl 220*
 - Fonds 529000*
 - Fipos 1.757000*
 - HHP 22200005*

4. *Förderanträge mit geringen Abweichungen von der jeweiligen Förderrichtlinie können mit der entsprechenden Begründung vom zuständigen Stadtsenatsreferenten/ von der zuständigen Stadtsenatsreferentin genehmigt werden.*
5. *Die Stadtbaudirektion beauftragt die Grazer Energieagentur Ges.m.b.H. mit der Weiterführung der Abwicklung der Förderanträge zur „Richtlinie für die Förderung von Photovoltaik-Kleinstanlagen für Balkone“.*

Gemeinderat DI **Ram**:

Liebe Grazerinnen und Grazer, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf mich ganz kurz zu Wort melden. Nachdem wir für diese Förderung jetzt, glaube ich, schon jahrelang immer geschaut haben, dass die weitergeht, freue ich mich sehr, dass auch bei begrenzten budgetären Mitteln das weiter möglich gemacht wird. Ich denke, es ist eine sehr wichtige Förderung. Sie ist niederschwellig und ermöglicht es vor allem Menschen, die nicht im Eigentum leben, an der Energiewende teilzunehmen. Vor allem ist es eine Maßnahme, um die Bewusstseinsbildung voranzutreiben. Ich habe mir selbst eine Balkonsolaranlage zugelegt und erst jetzt, wenn man so etwas hat, merkt man wirklich, was es bedeutet, wenn man sich zum Beispiel mit Solarstrom versorgen will. Man überlegt sich auch, was die Stromfresser in der eigenen Wohnung sind und was man dagegen tun kann. Ich messe einmal den Verbrauch für verschiedene Geräte. Ich glaube, es ist nicht jeder vielleicht der Techniker, der das machen kann und will, aber die Auseinandersetzung ist, glaube ich, extrem wichtig im Prozess der Energiewende. Ich darf kurz noch ein paar Zahlen dazu sagen. Inzwischen sind schon 1222 Anlagen gefördert worden, das entspricht 840 Kilowatt Peak und damit werden pro Jahr jetzt schon 217 Tonnen eingespart. Ich glaube, was besonders wichtig ist, weil es um die Effizienz unseres eingesetzten Kapitals geht, ist, dass wir auf 105 € pro eingesparte Tonne kommen und das ist sehr günstig. Und schön, dass das weitergeht.

Was ich am Ende noch sagen möchte, ist ein Appell: Es gibt sehr viele große Wohnanlagen, wo die Installation solcher Balkonanlagen möglich wäre, aber sich noch die Wohnbaugenossenschaften dagegenstellen und das verbieten. Es gibt eigentlich keine objektiven Gründe, das zu tun. Der Appell geht hier raus: Lassen Sie das zu, den Mieter:innen das zu ermöglichen, dass sie hier mitmachen können.

Gemeinderätin **Herlicska**:

Danke, lieber Kollege, für die weiteren Ausführungen zu dem Stück und wie es mit der Förderung in der Stadt Graz auch vonstattengeht. Du hast einen ganz wichtigen Punkt noch gesagt, auf den ich eingehen möchte, nämlich um die Bewusstseinsbildung. Aber ich möchte schon auch festhalten, dass Bewusstseinsbildung und Einzelverantwortung jetzt nicht uns herausreißen werden in der Notwendigkeit, eine flächendeckende, ökonomisch und ökologisch vertretbare Energieversorgung in der Stadt Graz auf die Beine zu stellen. Denn wenn jemand wie ich zum Beispiel gar keinen Balkon hat und trotzdem in einer Mietwohnung wohnt, ist das relativ schwierig. Ich möchte mich da an der Stelle noch einmal bedanken an alle im Umweltamt und in der Stadtplanungsdirektion, die daran beteiligt sind, hier wirklich Lösungen für alle Grazerinnen und Grazer auf die Beine zu stellen. Ich freue mich auf breite Zustimmung zu diesem Stück. Dankeschön.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.19 Stk 3.) A5-107958-2019-51

**Taxikostenzuschuss für mobilitätseingeschr.
Menschen 2024**

Berichterstatter: GR Ulrich

Gemeinderat **Ulrich**:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuseherinnen und Zuseher daheim am Livestream und auf der Galerie, liebe Kolleg:innen. Wie bereits im November, da haben wir zum ersten Mal beschlossen, seit Ewigkeiten, einen Taxikostenzuschuss für mobilitätseingeschränkte Menschen. Es gibt jetzt eine Evaluierung und die Evaluierung bezieht sich darauf, dass inzwischen je nach Einkommen vier bis sechs Fahrten pro Monat zur Verfügung stehen und diese können gestapelt werden auf sechs Monate. Das heißt, man kann minimum 24, maximal 36 Gutscheine in Anspruch nehmen. Auch der Wert des Gutscheines ist jetzt von € 10,60 auf € 12,00 erhöht worden und die anderen Richtlinien bleiben gleich. Wie bereits im November wurde er einstimmig beschlossen, ich hoffe, dass wir heute dasselbe haben. Vielen Dank, liebe Kollegen und Kolleginnen.

Originaltext des Zusatzantrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt und die Aufwandsgenehmigung für das Jahr 2024 in Höhe von EUR 723.600,-- für die Aktion Taxikostenzuschuss für mobilitätseingeschränkte Menschen in Graz, wird erteilt.

Gemeinderätin **Leban-Ibrakovic, MBA**: (Zusatzantrag)

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Zuseher und Zuseherinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie der Kollege Ulrich ja schon ausgeführt hat, sind die

Gutscheine wirklich ein wichtiges Instrument für mobil eingeschränkte, mobilitätseingeschränkte Menschen. Sie rechnen natürlich auch damit, deswegen vielleicht ein kleiner Hinweis am Anfang. Es wäre schön, wenn man darauf achtet, dass sie nächstes Jahr fristgerecht, also sprich auch mit Anfang des Jahres, zugesandt werden. Denn eben viele rechnen damit und das ist heuer nicht gelungen. Sie werden erst Ende Januar, Anfang Februar verschickt und das ist natürlich dann für manche Menschen, die das genau planen, durchaus eine Herausforderung. Aber nichtsdestotrotz ist es ein tolles freiwilliges Angebot der Stadt Graz, dass es ja schon seit vielen Jahrzehnten gibt und jetzt auch mit den neuen Richtlinien zu begrüßen ist. Ich hätte noch einen Vorschlag, den ich gerne als Zusatzantrag einbringen möchte, nämlich, dass die zuständigen Stellen prüfen, ob diese Taxigutscheine für mobilitätseingeschränkte Menschen ab 2024 im jeweils gültigen Zeitraum auch kombinierbar eingelöst werden können. Das bedeutet, es gibt einfach Menschen, die vielleicht jetzt keine vier oder sechs Fahrten im Monat haben, vielleicht nur eine längere, nämlich zu einer Untersuchung am anderen Ende der Stadt, und es wäre sehr schön, wenn man dann die Möglichkeit hätte, dass man eben zwei Gutscheine zusammenlegt. Wie das dann genau abrechnungstechnisch mit den Unternehmen funktioniert, das müsste man ausverhandeln, da gibt es ja auch bei den Graz-Gutscheinen ganz klare Richtlinien, die auch alle akzeptieren. Von dem her denke ich, dass da sicher eine Einigung möglich ist und das würde eben vom Budget und vom Aufwand technischen keine Veränderungen bedeuten, aber für die Betroffenen und vor allem für jene, die stark betroffen sind, wirklich eine große Erleichterung sein. Dankeschön.

Originaltext des Zusatzantrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt und die Aufwandsgenehmigung für das Jahr 2024 in Höhe von EUR 723.600,-- für die Aktion Taxikostenzuschuss für mobilitätseingeschränkte Menschen in Graz, wird erteilt.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (13:48)

Bürgermeisterin **Kahr:**

Dankeschön. Vielen Dank noch einmal für den Bericht und auch für den Zusatzantrag, weil inhaltlich aus meiner Sicht überhaupt nichts dagegen spricht. Mir ist es auch ein Anliegen gewesen, dass es auf jeden Fall zu einer höheren Anzahl der Gutscheine und auch eine Erhöhung gibt. Es ist auch vollkommen richtig, dass es gescheit wäre, wenn ich jetzt natürlich nicht so oft, aber dann eine längere Fahrt habe, die dann über diese 12,00 € hinausgeht, dass da eine Möglichkeit gibt. Deshalb habe ich auch vorgeschlagen, dem zuzustimmen, habe aber auch mit dem Amt und mit meiner Kollegin nochmal eine Rücksprache gehalten, mit der Frau Dr. Fink. Deshalb bin ich dankbar für das Wort "Prüfen", weil wir wollen ja, dass die Nutzer:innen etwas davon haben und nicht, dass wir eine Entscheidung treffen, die dann zum Nachteil ist. Es ist eben begrenzt mit dieser Gutscheinhöhe, das heißt, wir müssen eine Richtlinienänderung sowieso machen, weil heute stimmen wir ja über das Budget ab und eine Budgeterweiterung ist damit eh nicht vorgesehen. Aber wir müssen die Richtlinien ändern und wir müssen schauen, was passiert dann mit der Rückgabe des Geldes? Das gehört einfach mit den Taxiunternehmen nochmal abgesprochen. Die Auszahlung im Übrigen ist deshalb so spät, weil es ja eine Budgeterhöhung war, die ursprünglich nicht vorgesehen war und wir die Erlaubnis sozusagen durch den Gemeinderat in der Budgetsitzung gebraucht haben und dadurch erst die Auszahlung, jetzt erfolgen kann. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13:50)

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher:innen, Frau Bürgermeisterin. Ja, ein tolles, beinahe Standardstück, das schon lange ins Gemeinderatsrepertoire gehört, aber was nicht Standard ist und das möchte ich schon erwähnen, ist die selbstverständliche parteiübergreifende Kooperation in Graz, wenn es um dieses Thema geht. Auf das können wir, glaube ich, recht stolz sein und das ist eine sehr gute Sache. Graz ist ja im Inklusionsbereich und in der Unterstützung von den Menschen Vorreiter und trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir in einem Land eine Vorreiterrolle einnehmen, dass in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht nur säumig, sondern zum Genieren ist. Wir können da, glaube ich, unsere Situation in Graz, wo wir viele sehr gut machen, nutzen, um die politischen Ebenen auf Landes- und Bundesebene, die dieses Säumnis zu verantworten haben, aufzufordern, es uns doch gleichzutun und diese Behindertenrechtskonvention selbstverständlich umzusetzen, endlich. Weil wir sind da einfach so viele Jahre hinten und es ist nichts weitergegangen, es sind jetzt ein paar Schritte gesetzt worden, aber es bleibt noch viel, viel zu tun. Trotzdem danke für das Stück und auch danke für den sehr konstruktiven Zusatzantrag, bei dem wir selbstverständlich mitgehen können.

Gemeinderat **Ulrich**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, danke für die konstruktiven Wortmeldungen, liebe Konny, möchte auch dir noch einmal danken. Toller Zusatzantrag, werden wir

unterstützen. Ich bitte um ganz, ganz breite Zustimmung zu diesem ganz, ganz wichtigen Stück, vielen Dank.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

7.20 Stk 4.) A5-142055-2021-4 SozialCard Aufwandsgen. 2024

Berichterstatterin: GR Taberhofer

Gemeinderätin Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste live und im Streaming-Bereich. Ich möchte also das Stück SozialCard, Aufwandsgenehmigungen für Aktionen in diesem Jahr über insgesamt € 2.550.000,00 einbringen, vorstellen. Und zwar geht es dabei um den Energiekostenzuschuss, der insgesamt bei 1,5 Millionen liegen wird. Es geht um die Schulaktion, Kleinkinderzuschuss und Weihnachtsbeihilfe. Es ist eben beabsichtigt für SozialCard-Inhaber:innen den Energiekostenzuschuss, die Schulaktion und alles das, auch in diesem Jahr wieder durchgeführt. Und zwar beträgt der Energiekostenzuschuss 110 Euro pro Haushalt. Bei der Schulaktion sind es 60 Euro, der Kleinkinderzuschuss beträgt 40 Euro und die Weihnachtsbeihilfe beläuft sich auf 50 Euro pro Haushalt. Ab der vierten Person erhöht sich der Betrag um 10 Euro pro weitere Person.

Bezugsberechtigt sind somit im Jahr 2024 Haushalte, die in den definierten Zeiträumen mindestens eine gültige SozialCard beziehen. Deshalb wird der Antrag eingebracht. Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Aufwandsgenehmigungen für die Aktionen der SozialCard im Sinne des Motivenberichts über insgesamt 2.550.000 Euro aufgeteilt werden. Davon sind 1,5 Millionen für den Energiekostenzuschuss, 250.000 Euro für die

Schulaktion, 50.000 Euro für den Kleinkinderzuschuss und 750.000 Euro für die Weihnachtsaktion für dieses Jahr wieder erteilt werden. Ich hoffe auf Annahme.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigungen für die Aktionen der SozialCard im Sinne des Motivenberichts über insgesamt EUR 2.550.000,-- bzw. aufgeteilt wie folgt:

- *EUR 1.500.000,-- für den Energiekostenzuschuss sowie*
- *EUR 250.000,-- für die Schulaktion sowie*
- *EUR 50.000,-- für den Kleinkinderzuschuss sowie*
- *EUR 750.000,-- für die Weihnachtsaktion*

für das Jahr 2024 werden erteilt.

Gemeinderätin **Hopper**: (Abänderungsantrag)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgermeisterin, lieber Herr Stadtrat.

Ich möchte vielleicht bei etwas anschließen, was der Tristan gerade vorher gesagt hat.

Ich glaube, auch das ist ein Stück, wo wir eine sehr, sehr breite Mehrheit immer wieder auch hier im Gemeinderat finden. Was aus unserer Sicht auch sehr, sehr gut ist. In der Vergangenheit haben wir es auch geschafft, immer wieder auch die einzelnen von der Kollegin Taberhofer beschriebenen Positionen auch auszubauen und hier das Angebot etwas auszuweiten. Gleichzeitig gibt es bekanntlich bei der SozialCard den etwas unterschiedlichen Zugang, was die Auszahlungsmodalitäten anbelangt.

In dieser, ich möchte schon bei nahe sagen Tradition, darf ich auch an dieser Stelle wieder einen Abänderungsantrag von unserer Fraktion einbringen, der im

Wesentlichen besagt, dass der Gemeinderat der Stadt Graz sich zu den bis 22. September 2022 gültigen Richtlinien doch bekennen möge und die Adaptionen rückgängig machen solle. Aus unserer Sicht war das ein bisschen undifferenziert und ein bisschen zu ausgeweitet, das haben wir ja schon zu Genüge hier und auch in den Ausschüssen diskutiert.

Der Forderungspunkt 2, der uns auch sehr, sehr wichtig ist, ist, dass im Hinblick auf die Zielsicherheit der 2018 eingeführten Ausgabemodalitäten, eben diese Gutscheine, die Schulbeihilfe, Kleinkinderzuschuss und auch die Weihnachtsbeihilfe wiederum in Gutscheinen ausgegeben werden sollen. Der Grund dafür, und das haben wir auch schon einige Male hier festgehalten, ist, dass wir fest davon überzeugt sind, dass es wichtig ist, dass die freiwilligen Leistungen der Stadt Graz wirklich auch dort ankommen, wofür sie bestimmt sind, wofür sie hier auch beschlossen werden. Und das war aus unserer Sicht mit diesen Gutscheinen sehr, sehr gut gegeben. Ich bitte um Zustimmung, im Wissen, um das wahrscheinliche Abstimmungsergebnis. Danke.

Originaltext des Zusatzantrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur etablierten Grazer SozialCard und möge im Hinblick auf die Bewährtheit der Richtlinien, die bis 22. September 2022 galten, die zuletzt vorgenommenen Adaptionen rückgängig machen. Dazu zählen bspw. die Änderung der Mindestzeit des Hauptwohnsitzes in Graz und die Erweiterung der Nachweise über geringes Einkommen.*
- 2) Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Hinblick auf die Zielsicherheit der 2018 eingeführten Ausgabemodalitäten (Gutscheine) der Schulbeihilfe, des Kleinkinderzuschusses und der Weihnachtsbeihilfe festhalten und diese wieder implementieren.*

Gemeinderätin **Wutte, MA:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die meisten wissen, dass wir diese Debatte regelmäßig führen. Es wird jetzt auch nicht ganz so überraschend sein, dass wir dem Abänderungsantrag von Anna Hopper und der ÖVP nicht näher treten, ich begründe auch kurz, warum. Ich denke, wir alle wissen, dass viele der Menschen, die die SozialCard bekommen, neben dem, dass sie eben finanziell nicht so gut dastehen, auch sonst in schwierigen Lebenssituationen sind. Sei es, dass es alleinerziehende Frauen sind, dass es eine Gruppe, die in Österreich besonders armutsgefährdet ist. Sei es, dass es Menschen in Pensionen sind, mit sehr geringen Pensionen, die dann auch oft gesundheitliche Probleme haben. Sei es, dass es Kinder sind, auch eine sehr armutsgefährdete Gruppe. Der Zugang unserer Koalition ist, dass Menschen, die das Leben eh schon, die eh schon Schwierigkeiten im Leben haben, die es aus irgendwelchen Gründen vielleicht nicht so gut getroffen haben, das Leben nicht noch schwerer zu machen, alles, was für uns möglich ist, an bürokratischen Hürden abzubauen und in dem Sinne eben auch zusätzliche Antragstellungen zu vermeiden. Weiterer Punkt, wir glauben daran, dass die Menschen eigenverantwortlich mit ihrem Geld haushalten können und in dem Sinne auch gut damit zurechtkommen, wenn sie keine Gutscheine bekommen. Ist für uns auch eine Frage des Respekts und der gleichberechtigten Herangehensweise an alle Menschen in Graz.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13:58)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Trotzdem danke für die sachliche Diskussion, auch zu dem Thema. Es ist ja auch nicht ganz unklar. Wir haben uns doch seit 2010 dazu auch einstimmig hier im Gemeinderat durchgerungen, die SozialCard einzuführen. Das darf man niemals vergessen und aus einem ganz guten und wichtigen Grund eben, vor allem die bürokratischen Hürden, die damals schon hoch waren, aber glauben Sie mir, die sind noch einmal gestiegen. Die Leute kennen sich viele bei diesen, gerade nach Corona hat es viele Einmalzahlungen gegeben. Also, Sie müssen sich da wirklich einmal auch unterhalten mit den Kolleginnen und Kollegen bei den Servicestellen, mit Sozialarbeiter:innen, egal ob das in Spitälern, Ärzte, einfach Leute, die auch begleitend Menschen zur Seite stehen, die es schwer haben, die oft in Notsituationen kommen und eben auch berufstätig sind. Aus diesem Grund haben wir uns in der Stadtregierung entschlossen, in der Koalition, erstens einmal, und davon, also das halte ich für sehr, sehr bedeutend, dass wir auch Menschen nicht ausschließen in Graz, die berufstätig sind, die bisher eben da nicht in den Genuss einer SozialCard gekommen sind, weil halt staatliche Transferleistungen bei der GIS, oder jetzt künftig in Haushaltsabgabe ausgenommen worden und das eigentlich auch nicht gerecht oder fair war, um es vielleicht so zu sagen. Da möchte ich Ihnen auch, weil das glaube ich wichtig ist, dass Sie das wissen, wie viele Menschen das betrifft. Wir haben im September das erste Mal eine Erhebung gehabt, Sie können sich erinnern, wir haben das im letzten Jahr, noch vom Sommer, erst eigentlich eingeführt und da waren es bei 400, nicht ganz, also 300, ein bisschen über 300 und wir haben jetzt aktuell 676 Haushalte, die diese Sozialcard bekommen aufgrund der Wohnunterstützung. Also berufstätige Menschen, die jetzt auch die SozialCard bekommen. Das wollte ich Ihnen nicht vorenthalten und wenn Sie da eine genaue Auflistung haben, könnte ich das gerne auch den Sozialausschussmitgliedern zukommen lassen, weil ich glaube, das ist nicht uninteressant, diese Entwicklung zu sehen. Es sind in der Gesamtsumme nämlich nicht mehr geworden. Das glaube ich, ist vielleicht für Sie wichtig zu wissen.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (14:01)

Gemeinderätin Mag.^a **Taberhofer:**

Weil vieles schon gesagt wurde, wird mir ein Schlusswort ganz kurz ausfallen. Also, ich halte es für eine ganz, ganz wichtige Verbesserung der Situation und die SozialCard und die unterschiedlichen Zuschüsse für Leute, die wirklich in einer schwierigen Situation sind und finanziell auch Hilfestellungen brauchen. Daran soll nichts geändert werden. Ich denke, es ist einfach irgendwie ganz, ganz wichtig, dem die Zustimmung zu geben.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP) abgelehnt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.21 Stk 5.) A5-142058-2021-4

**Aufwandsgen. für Leistungen nach §16
SHG_Soziale Dienste 2024**

Berichterstatterin: GR Lässer

Gemeinderätin Dr.ⁱⁿ **Lässer:**

Sehr geehrte Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, wertgeschätzte Kolleginnen und Kollegen und Zuhörer:innen im Livestream und hier.

Das vorliegende Stück ist die kontinuierliche Fortführung eines bewährten Modells im Bereich sozialer Dienstleistungen. Das etablierte System für betreutes Wohnen, mobile Dienste und Tages- bzw. Demenztageszentren soll auch im Jahr 2024 fortgeführt

werden. Im Rahmen dieses Antrags werden Mittel in Höhe von insgesamt € 6.621.400,00 beantragt, um die bestehenden Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und somit den Fortlauf und Bedarf an sozialer Unterstützung in der Stadt zu decken. Im steiermärkischen Sozialhilfegesetz ist unter § 16 festgelegt, dass nachstehende Einrichtungen bzw. Dienste von den jeweiligen Sozialhilfeverbänden sicherzustellen sind, da diese Leistungen der Sozialhilfe zur Befriedigung gleichartiger, regelmäßig auftretender, persönlicher, familiärer oder sozialer Bedürfnisse dienen. Hierunter fallen im Besonderen das betreute Wohnen, mobile Dienste und die Tages- und Demenztageszentren. Ziel des betreuten Wohnens und der mobilen Dienste ist es, die Lebensbedingungen für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen zu optimieren, sie bei der Führung eines selbstbestimmten Lebens zu unterstützen und damit das Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass erfreulicherweise das Land Steiermark mit Juni 2023 das Grazer Klient:innentarifmodell übernommen hat und somit die Kosten trägt. Somit wird umgesetzt, dass wie in Graz schon seit 2018 das Land Steiermark bei erhöhtem Pflegebedarf einspringt und somit den Klient:innen der Hauskrankenpflege auf jeden Fall die € 1.155,84 bleiben.

Ziel der Tages- bzw. Demenztageszentren ist es, ältere Hilfsbedürftige, Grazer Bürgerinnen und Bürger während des Tages zu betreuen. Die Schwerpunkte liegen hierin in Maßnahmen zur Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit und in der Entlastung der Angehörigen. Ich stelle daher im Namen des Ausschusses für Gesundheit und Pflege, Soziales, Senior:innen und Integration folgenden

Antrag:

der Grazer Gemeinderat möge beschließen, die Aufwandsgenehmigung für die oben genannten Leistungen nach § 16 des steiermärkischen Sozialhilfegesetzes im Sinne des Motivtexts über insgesamt € 6.621.400,00 aufgeteilt in drei Bereiche wie folgt zu erteilen: für das betreute Wohnen € 800.000,00, für die mobilen Dienste €

4.500.000,00 und für die Tages- bzw. Demenztageszentren € 1.321.400,00. Danke schön.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung für die oben genannten Leistungen nach § 16 des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes im Sinne des Motivenberichts über insgesamt € 6.621.400,--, aufgeteilt in die 3 Bereiche wie folgt:

- €800.000,-- für das Betreute Wohnen
- €4.500.000,-- für die Mobilen Dienste
- €1.321.400,-- für die Tages- bzw. Demenztageszentren

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.22 Stk 7.) Präs-10877-2003-57

GGZ_Neues Gehaltsschema g1

Berichterstatter: GRⁱⁿ Heinrichs

Gemeinderätin **Heinrichs**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, danke sehr.

Dieses Stück GGZ, neues Gehaltsschema g1, ist erfreulich. Ich berichte es sehr gerne auch in Anlehnung, sozusagen, an das Stück Gehaltsabschluss und Pensionsanpassung 2024, die GGZ betreffend vom 14.12.2023. Damals nämlich in der Gemeinderatssitzung war es Top 35 und wurde en bloc abgestimmt. Aber einige wissen vielleicht nicht genau, worum es geht und daher. Uns allen ist ja die Berichterstattung über die

diversen Gehaltsverhandlungen im Herbst 2023 nicht verborgen geblieben, wie im Speziellen jene zwischen Stadt Graz und der Personalvertretung von GGZ.

Zur wesentlichen Erinnerung: Im Oktober 2023 erfolgte eine Erhöhung der Gehälter der KAGES-Bediensteten durch die Einführung eines neuen Gehaltsschemas, der per Land-Tags-Beschluss in logischer Konsequenz. Im Sinne von Chancengleichheit für die Bediensteten der Gesundheitsberufe am Arbeitsmarkt haben die GGZ gleichgezogen. Erste Gespräche diesbezüglich gab es in Graz bereits am 7. Juli 2023. Letztlich wurden, nach Zustimmung des Zentralausschusses als Teil des Gemeinderatsbeschlusses vom 14.12.23, die Gehälter bei GGZ der neuen KAGES-Schemata im Verhältnis 1:1 angepasst. Somit ist erfüllt, dass

A.) die bisher beschäftigten Vertragsbediensteten des Schema g bei GGZ ein Optionsrecht für Schema g1 haben. Und jetzt, nach dem Gemeinderatsbeschluss vom 14.12., gab es weiterführende Gespräche mit dem sehr erfreulichen Ergebnis, dass alle jene Vertragsbediensteten, die bislang nicht im g-Schema waren, sondern im Schema 4, dieses Optionsrecht nun ebenfalls haben.

Die Kosten für das Ganze belaufen sich auf ca. € 2.600.000,00 für 2024, inklusive Nebengebühren und Zulagen.

B.) wie bei der KAGES wird für Primärärzt:innen eine Erhöhung der Erholungsurlaube wegen physischer und psychischer Mehrbelastungen im Ausmaß von acht Arbeitstagen pro Kalenderjahr gewährt. Im geänderten Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz, das eine Beilage zu diesem Stück darstellt, ist unter anderem zu lesen, dass bei Beendigung des Dienstverhältnisses beziehungsweise bei der Elternzeitbeschäftigung eine Aliquotierung erfolgt. Bevor ich jetzt zum Antragstext komme, darf ich die Gelegenheit nutzen, um nachträglich an das Team von GGZ und an Herrn Dr. Hartinger sowie speziell an Frau Carina Hörting, die Leiterin von Human Resources bei GGZ, und auch an alle beteiligten Ämter, das Personalamt und die Präsidialabteilung sowie die Personalvertretung, vielmals zu danken. Frau Hörting hat wirklich unter hohem Druck bezüglich der Koordination und besagter

Gehaltsanpassung gearbeitet und ist mit größter Umsicht und Kompetenz, die dafür nötig war, zum fälligen raschen Abschluss gekommen zu sein.

Und nun der Antrag. Der Gemeinderat wolle nach § 45 Abs. 2 Z 3 in Verbindung mit Z 15 der Statute des Landeshauptstadtrats beschließen. Punkt 1: Der in der Beilage angeschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Entwurf des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes wird genehmigt. Punkt 2. Der Gesetzesentwurf ist der steiermärkischen Landesregierung zur Beschlussfassung im Landtag Steiermark vorzulegen. Punkt 3. Die in dem angeschlossenen Gesetzesentwurf vorgesehenen Neuregelungen betreffend Ausweitung des Optionsrechts auf alle Vertragsbediensteten der GGZ in das neue Schema g1 und betreffend Dienstfreistellung, respektive Erhöhung des Erholungsurlaubs für Ärzt:innen, sind mit 18. Jänner 2024 vorschussweise anzuwenden. Ich bitte Sie um Zustimmung. Dankeschön.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Der in der Beilage angeschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Entwurf des Grazer Gemeindevertrags - bedienstetengesetzes wird genehmigt.*
- *Der Gesetzesentwurf ist der Steiermärkischen Landesregierung zur Beschlussfassung im Landtag Steiermark vorzulegen.*
- *Die in dem angeschlossenen Gesetzesentwurf vorgesehenen Neuregelungen betreffend Ausweitung des Optionsrechts auf alle Vertragsbediensteten der GGZ in das neue Schema g1 und betreffend Dienstfreistellung/Erhöhung des Erholungsurlaubes für Ärztinnen sind mit 18. Jänner 2024 vorschussweise anzuwenden.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dankeschön. Ich muss nur anmerken, dass unsere Kollegin Gemeinderätin Katzensteiner kurzfristig zum Arzt gehen hat müssen. Sie schaut, dass sie wiederkommt, aber ich kann es nicht sagen, nur fürs Protokoll.

Gibt es Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt? Wenn das nicht der Fall ist, können wir zur Abstimmung kommen. Danke vielmals, Frau Gemeinderätin.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.23 Stk.11.) A10/8-174739/2022-0010

Masterplan Gehen – Graz

Berichterstatterin: Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ja, danke, ich übernehme wirklich gern die Berichterstattung zum „Masterplan Gehen“ weil das so ein umfassendes und schönes Projekt ist, das die Fußgänger:innenbeauftragte Renate Platzer, und das möchte ich gleich einmal vorwegnehmen und mich bei ihr bedanken, jetzt im letzten Jahr ein ganzes Jahr lang damit beschäftigt war. Das ist die Grundlage für die Fußgänger:innenstrategie in unserer Stadt zum einen, und zum anderen ist das wichtig, deswegen war es sehr wichtig, das zeitgerecht jetzt fertig zu haben, weil wir den Masterplan, der ist nach bestimmten Kategorien und nach einem gewissen Schema erstellt worden, wir einreichen können beim Klimaaktivfonds des Bundes, beziehungsweise auch Förderungen des Landes in Aussicht gestellt sind. Das heißt, wir können bis zu 75 % unserer Vorhaben uns fördern lassen und das ist wichtig, nicht nur angesichts der budgetären Situation in unserer Stadt, sondern natürlich ja insgesamt, damit wir

schnell Projekte umsetzen können, um das zu Fuß geht in der Stadt zu fördern, aber auch sicherer zu machen. Wir haben heute schon ein Thema gehabt zu dem Thema und Sie alle wissen, dass uns das Thema eigentlich jede Gemeinderatssitzung begleitet, aber auch in den Bezirken viele, viele Beschlüsse vorliegen, die den Fußgänger:innenverkehr und das Zu-Fuß-Gehen betreffen. Wir sind zuletzt, hat sich das Zu-Fuß-Gehen in der Stadt ein bisschen gesteigert. Wir sind jetzt bei ungefähr 21 % der Menschen, die wirklich zu Fuß gehen. Wir wissen, dass die mittlere Wegelänge ungefähr 1,3 Kilometer ist und das aber auch über 8 % der MIV-Kilometer unter 1,3 Kilometer sind. Das heißt, wir sehen, dass es eigentlich unmittelbar Potenzial gibt, das wir heben können, um diese umweltfreundlichste, gesündeste Art der Fortbewegung zu fördern und insgesamt auch damit den Mobilitätszielen, die wir ja hier gemeinsam beschlossen haben, näherzukommen. Die Grundlage für den Mobilitätsplan „Masterplan Gehen“, wie er jetzt vorliegt, war der erste Gemeinderatsbeschluss hier letztes Jahr. Ich erinnere daran, dass wir die Ziele hier gemeinsam einstimmig beschlossen haben. Das war als Oberziel, dass Graz eine Stadt der kurzen Wege ist, dass wir dementsprechend schauen wollen, dass es ein engmaschiges und lückenloses Fußwegenetz gibt, dass Stadtteilzentren nämlich nicht nur das Zentrum in der Innenstadt gestärkt wird, sondern eben auch in den Außenbezirken, dass wir Sicherheit bieten, damit Menschen gesund und sicher und mit Augenmerk immer auf den Kindern und älteren Menschen unterwegs sein können, dass wir attraktive Wege haben, die durchgängig sind, damit es halt immer wieder unterbrochen ist. Es gibt viele Situationen in der Stadt, wo wir wissen, der Gehsteig endet irgendwo abrupt oder er ist zu schmal und nicht sicher genug und das alles wurde erhoben und soll natürlich auch in eine Kampagne fließen, das war auch Bestandteil des ersten Beschlusses. Insgesamt hat die Renate Platzer, man kann fast sagen ohne ihr Team, aber gemeinsam mit den Bezirken in einem sehr breit angelegten Prozess, wir haben einen Stakeholderprozess gehabt im Kunsthaus Graz damals eingeladen. Menschen aus der Wirtschaft, aus nicht nur aus Betrieben, aus Tourismus, aus der Kultur, Menschen, die

sich mit dem Thema beschäftigen und gleichzeitig mit dem Mobilitätsplan beschäftigt waren, beziehungsweise hier im Rathaus eingeladen zu einem umfangreichen Austausch und wo auch Maßnahmen eingeflossen sind mit den Bezirksvorstehern und den entsprechenden Gemeinderät:innen, die im Fachausschuss Verkehr sitzen.

Das heißt, es war ein sehr breit angelegter Prozess, der eben zu diesem Maßnahmenplan geführt hat. Es wurden 197 Schwachstellen und damit auch, ich möchte es immer nur Schwachstellen bezeichnen, aber dort, wo wir sozusagen Verbesserungsbedarf haben, erhoben. Das sind aber gleichzeitig Potenziale fürs Zu-Fuß-Gehen in unserer Stadt, wo wir verbessern können. Es gibt ein Soll-Fuß-Weg-Netz, das heißt, es ist wirklich jetzt gespannt über die ganze Stadt Graz mit entsprechenden Maßnahmen, die formuliert waren. Es gibt einen Kriterienkatalog, der uns jetzt endlich zur Verfügung steht, um eine Priorisierung zu vollziehen zu können, weil wir wissen eben, bei den 197 Projekten, die notwendig sind oder wären damit Fußgängerinnen und Fußgänger sicherer unterwegs sind, braucht es irgendein System, das wir priorisieren können, weil alles ist aus subjektiver Sicht gleich wichtig. Es ist gut, dass wir das objektivieren können und in dem Sinn priorisieren. Wir haben auch, bzw. die Verkehrsabteilung, acht Leitprojekte formuliert, die stellvertretend sind für die verschiedenen Bereiche, die das Zu-Fuß-Gehen betreffen. Da gibt es Projekte wie den Nachbarschaftspark in der Steinfeldgasse, Prankergasse, die Wegeverbindung Oeverseepark-Citypark, den Gehsteig Andritzerreichstraße, der schon sehr, sehr lange ein Thema ist in Andritz, das Verkehrskonzept Puntigam, die Schulen Puntigam in der Nippelgasse auch schon lange ein Thema. Dort sind auch Kindergarten und Kindergrippe. Die Verkehrsberuhigung des Neutorviertels steht auf dem Programm. Eine intelligente Druckknopfampel wird erstmals ausprobiert an der Verbindung vom Augarten zum Grieskey Hermann-Bahr-Gasse. Das heißt, dass es nicht nur längere Grünphasen gibt und die Ampel erkennt, wenn zum Beispiel eine ganze Kindergartengruppe unterwegs ist, sondern die Ampel erkennt früh genug, wenn jemand kommt und schaltet auf Grün. Das ist eine wirklich stark frequentierte Achse

dort und es wird natürlich eine Kampagne geben, damit die Leute ermutigt und ermuntert sind, zu Fuß zu gehen. Zusammenfassend haben wir jetzt erstmals wirklich ein großartiges 100 irgendwas Seiten, über 100 Seiten umfassendes Papier. Ein strategisches Dokument mit allen qualitativen und quantitativen Zielen. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir das jetzt zur Verfügung haben, dass wir hoffentlich damit eine Förderung bekommen und die hilft, das Zu-Fuß-Gehen in unserer Stadt sicherer, bequemer und für alle zugänglich zu machen. Danke.

Originaltext der Mitteilung:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt*
- 2. Der beigelegte Masterplan Gehen – Graz wird beschlossen*

Gemeinderat DI **Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Zuhörerinnen und Zuhörer.

Ich darf zu diesem Bericht einige Anmerkungen, die ich gestern schon im Ausschuss gemacht habe, noch einmal vorbringen. Wir haben diesen Endbericht bekommen. Das war das Datum 10.01. Wir im Ausschuss haben das mit der Tagesordnung am Donnerstag, also vor einer Woche am 11.01. bekommen. Wir haben natürlich unsere Bezirke gefragt: "Habt ihr auch über diesen Endbericht, seid ihr informiert worden, ob eure Wünsche, Anliegen, die wir im Workshop zum Teil, es ist vollkommen richtig, was gesagt wurde, es waren leider nur einige wenige Bezirksvorsteher bei diesem Workshop dabei." Wir hätten uns schon gewünscht, dass mit der Aussendung des Stückes an die Ausschussmitglieder, mit der Einladung, dass zumindest im Vorfeld auch

die Bezirksvorsteher, die ja sozusagen von unserer Seite auch immer wieder gefragt haben, "Wann kommt das Stück?", finden wir uns mit unseren Anliegen und Wünschen, insbesondere was die Kurzfristigkeit und die Mittelfristigkeit betrifft, finden wir uns da wieder. Und was wir wirklich kritisieren, das habe ich auch gestern gesagt, ist: Wieso ist es nicht möglich gewesen, wenn schon nicht sozusagen die klassische Information in einem Bezirksrat, in einer Bezirksversammlung, wo auch immer stattfinden kann, dass zumindest die Bezirksvorsteher, Bezirksräte, einfach mit einem Schreiberl, wenn ich das ein bisschen so salopp sagen darf, hingewiesen wird, das ist jetzt der Endbericht, der jetzt auf der Tagesordnung steht und zur Beschlussfassung ansteht. Das ist leider nicht passiert und ich darf schon noch einmal erinnern, ich war ja bei dem Workshop im Mai, wenn ich mich richtig erinnere, dabei. Da wurde ganz klar gesagt, dass vor Beschlussfassung noch einmal die Bezirksräte, Bezirksvorsteher, auch nach den Anlagen A und B, so wie wir in der Geschäftsordnung der Bezirksräte das haben, informiert oder/ und angehört werden. Das ist leider nicht passiert, das ist völlig für uns unverständlich. Wir haben auch Leitprojekte. Also das ist schon angeschnitten. Leitprojekte. Drei sind sogar im Bezirk Gries. Das ist für mich besonders. Einmal in Puntigam, einmal in Andritz-Innenstadt. Das ist angeführt worden. Und ich darf in dem Zusammenhang ganz klar noch einmal sagen, dass wir natürlich der Frau Di. Platzer danken für dieses Projekt. Das ist sehr umfangreich. Es ist auch sehr gut vorgestellt worden. Wir kritisieren überhaupt nicht Inhalte, sondern wir kritisieren ganz stark die Vorgangsweise und die Nichteinbindung der Bezirksvertretungen, die ja möglich gewesen wäre. Wenn Sie aber so eine Woche vorher, wenn Sie es uns geschickt hätten, hätten Sie ja auch, wenn ich das jetzt ein bisschen salopp sagen darf, durchaus auch den Bezirksräten. Wir haben noch einmal nachgefragt. Wir haben es dann über das Wochenende unseren Bezirksvertretungen zugeschickt. Wir haben gesagt: „Um Gottes Willen, in der Kürze können wir ja gar nicht alles durchschauen, ob unsere Wünsche und unsere Anliegen hier mitberücksichtigt wurden“. Ein paar Rückmeldungen haben wir bekommen, insbesondere wenn ich das Leitprojekt

anschauen darf in Puntigam. Also, ich weiß nicht, ob sich jemand jetzt mit dem Leitprojekt Puntigam Schule auseinandergesetzt hat. Also, ich würde sehr salopp sagen, das ist also völlig daneben, wenn ich das einmal so sagen darf. Da wird ein Parkplatz angeschnitten, der überhaupt nicht greifbar ist. Dann geht man hinter der Sakristei von der Pfarre vorbei, nicht durch die Sakristei, sondern hinter der Sakristei vorbei. Kommt man dann zum Kindergarten. Also, ich verstehe nicht, wie man so ein Projekt, ein Side-Projekt überhaupt uns vorstellen kann. Das ist jetzt einmal eine klare Inhaltsanmerkung, aber ok, das wird ja sowieso in der Form nicht gehen, weil überhaupt keine Zustimmung auch nur ansatzweise im Raum steht. Aber die wesentliche Kritik von unserer Seite ist, wieso kann man nicht mit der Aussendung, zumindest ansatzweise diesen Anlagen A und B Rechnung tragen und die Bezirksversteher, so wie wir im Ausschuss mit dem Projekt konfrontiert wurden, auch zumindest anschreiben und sagen, schaut euch, das ist in dieser kurzen Woche an. Das ist unsere Kritik, die wir eigentlich durchaus mittragen können und deshalb werden wir jetzt vorbehaltlich einer Diskussion diesem Stück in der Form nicht zustimmen können.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, ich möchte nur ordnungshalber für das Protokoll, die Kollegin Gemeinderätin Katzensteiner ist wieder vom Arzttermin zurück. Danke, dass es auch so schnell gegangen ist. Darf ich den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin kurz übergeben?

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14:25)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Es wäre eigentlich überhaupt nichts mehr hinzuzufügen gewesen, was die Kollegin Judith Schwentner gesagt hat. Ich bin sehr froh, dass sie selber den Bericht gemacht hat, weil es vor allem auch in ihrer Ressortverantwortung jetzt dazu gekommen ist und natürlich mit unserer Unterstützung, dass etwas, was wir uns alle hier im Gemeinderat - und ich kann mich erinnern, an wie viele Initiativen, weil es eigentlich eh von allen immer wieder gegeben hat - dass wir jemanden brauchen, der sich der Gehinfrastruktur vorrangig annimmt. Wir haben, wie Sie alle wissen, jahrzehntelang das Personal dafür in dieser Stadt, in der Verkehrsabteilung nicht gehabt. Peter Kostka, man kann es ja namentlich sagen, ein toller Kollege, sich eigentlich dawüfelfelt hat und nicht einmal mit den Wenigen, die wir hier eigentlich sogar beschlossen haben und die auch notwendig waren, umsetzen hat können. Ich tue das jetzt alles weg. Jetzt haben wir endlich die 197 oder wurscht, und sollen es nur 150 sein oder sonst 220, aber flächendeckend über Graz genau diese Zusammenschau an notwendigen Maßnahmen und viele davon, ich habe es noch gar nicht durchgeschaut, bin mir sicher, und lasse ich mich hier reinschneiden, sind alles Maßnahmen an Gehinfrastruktur, die seit langem der Wunsch jeder Wohnbevölkerung, auch vieler Bezirksräte und Bezirksmandatarinnen sind und selbstverständlich Georg, davon gehe ich auch aus, das brauche ich ja nicht einmal hinterfragen, wird jedes einzelne Projekt, auch wenn du jetzt eines konkret rausgenommen hast, sowieso extra angeschaut und debattiert. Das muss es ja auch, weil es ja auch Mittelverwendungen und so weiter dafür braucht. Und da sind noch Anmerkungen, ob es von Bezirksseiten ist oder vom Verkehrssprecher hier in unserer Stadt Graz, natürlich klar und notwendig auch. Aber generell gegen das Maßnahmenpaket, da muss man, das finde ich seltsam, dass man da ist, weil ich bin dankbar und froh, dass es dieses Stück hier gibt, weil das ist etwas, was schon lange sich die Bevölkerung in Graz wünscht, dass man das kompakt flächendeckende in ganz Graz, nicht eben wie gesagt nur Innenstadt, sondern wirklich

über alle Bezirke hinaus sich angeschaut hat und großes Danke dafür an diese ganzen Vorarbeiten.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (14:30)

Gemeinderat Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer. Danke auch der Frau Bürgermeister, auch ich werde jetzt nicht gegen Gehsteige sprechen, das ist eh klar. Was man aber schon kritisieren kann, die Vorgehensweise und den Masterplan selber. Wir haben hier so viele Pläne schon beschlossen, es wird Papier gewälzt, es werden dort so viele Ressourcen hineingesteckt. Können die Beamten natürlich nichts dafür, denn beauftragt werden sie ja von der Stadtregierung und von den Gemeinderäten. Also, diese unzähligen Papiere, ja, es ist ein dicker Masterplan. Ob das wirklich der Master oder die Weisheit des Masters war, das soll dahingestellt werden, weil da wird zum Beispiel die Zinsendorfgasse angeführt. Da sind jetzt nicht alle sehr glücklich damit, da gibt es kritische Stimmen. Man hat die Parkplätze weggenommen, die Busse und PKWs dürfen jetzt in Schlangenlinie fahren. Also, ob das jetzt der große Mehrwert fürs Gehen und bei dieser chaotischen Verkehrssituation ist sehr hingestellt. Aber Thema sind ja die Gehsteige und dann ist mir selber einer eingefallen. Wir haben ja einmal in der Laboratoriumstraße einen Gehsteig beschlossen. Das war schon 2018. Das hat jetzt sechs Jahre gedauert und es ist noch überhaupt nichts passiert. Und ja, Überraschung, ich schaue dann in den Plan hinein, es gibt ihn wieder auf Nummer 141. Also, er ist jetzt auf Platz 141 gerutscht, ein Beschluss, den wir schon vor sechs Jahren hatten. Und da frage ich mich schon, was soll das dann da herinnern? Jetzt haben wir halt 197, also da ist der Platz 141 wahrscheinlich weit hinten. Wahrscheinlich muss ich da noch sechs Jahre auf den Gehsteig in Wetzelsdorf warten.

Also zusammengefasst, Ihre Absichten sind vielleicht gut, aber vielleicht sollte man mehr Ressourcen dann doch in die Umsetzung stecken, damit diese Luftschlösser auch wirklich gebaut werden. Ansonsten sind schon Beispiele aufgezeigt, es sind nicht alle glücklich geplant. Daher sehe auch ich diesen Masterplan sehr kritisch.

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Also, ich möchte schon festhalten, als ÖVP Graz war das Thema Gehsteige für uns immer enorm wichtig und wenn ich da an unsere zwei Hofräte denke. Wir waren immer dahinter, dass die gebaut werden und wir sind immer leider bei den zuständigen Stadträten in der Vorperiode war sie unsere Frau Bürgermeisterin, die zuständig war für den Verkehr, da sind wir immer abgeblitzt mit unseren Vorschlägen und man muss da sagen, seit 1. Juli 2022 gibt es die Gehsteigbeauftragte Renate Platzer, Fußgängerbeauftragte, Entschuldigung. Man sieht es, das ist sehr wichtig für euch, toll. Aber man muss halt auch ehrlicherweise sagen, jetzt sind wir eineinhalb Jahre später hier im Gemeinderat und beschließen den Masterplan, also das hätten wir halt ein bisschen schneller auch machen können, weil man hätte sich hier einfach an den Gemeinderat Georg Topf wenden können, wir haben die Pläne alle in der Schublade gehabt.

Und man muss jetzt sagen, also wirklich, die Brennpunkte nehmen Sie ja auch nicht in den Angriff, weil jetzt nehmen wir einmal die Schmidgasse her. Wirklich ein Brennpunkt für Fußgängerinnen und Fußgänger durch Radfahrerinnen und Radfahrer. Täglich kommt es da zu schwierigen Situationen und dann wird da im Masterplan bauliche Maßnahmen zum gegenseitigen Verständnis fördern gefordert, also was kann ich mir jetzt darunter vorstellen? Weiß ich nicht und das Ganze soll zwischen 100.000 Euro und 500.000 Euro kosten, also das könnten wir ganz billig haben, indem man einfach die Radfahrer aus der Schmidgasse verbannt und dort eine Fußgängerzone macht, zum Beispiel. Das gleiche gilt für den Franziskanerplatz. Oder dann gehen wir

einmal in die Außenbezirke, zum Beispiel die Kreuzung Bayernstraße-Bergstraße. Das ist ein ganz wichtiges Projekt, weil es immer wieder zu Unfällen kommt. Der Zeithorizont beträgt zehn Jahre. Oder, dann gehen wir in meinen Heimatbezirk Gösting. Der Kollege Pascuttini hat schon die Anton-Kleiner-Schegg-Straße angesprochen. Das ist eine Katastrophe in Bezug auf den Zustand. Dort müssen Fußgängerinnen und Fußgänger wirklich auf die Straße ausweichen, wenn das Wasser steht. Also da könnte man schon, auch wenn es sich um eine Landesstraße handelt, wie Sie ja ausgeführt haben, ein bisschen mehr Druck auf das Land ausüben. Ihr seid's eh in einer Koalition in Graz, also könnte der Anton Lang durchaus ein bisschen schneller arbeiten. Das Gleiche gilt auch für den Kindergarten in der Plabutscherstraße. Ganz dringend ein Gehsteig, Querungsmöglichkeit für die Kinder, Zeithorizont auch wieder zehn Jahre, also ihr spart nicht nur beim Bildungsbereich, den ihr mit sechs Millionen unterdeckt, sondern ihr spart aber auch die Sicherheit für unsere Kinder in dieser Stadt. Oder die Riesstraße. Immer wieder schwierige Situationen für die Anrainerinnen und Anrainer. Auch die wird nicht wirklich in Angriff genommen und die Krone setzt dem Ganzen der Andritzer Hauptplatz auf, wo es wirklich, glaube ich, sogar eine Verkehrstote gegeben hat letztes Jahr, auch der Zeithorizont zehn Jahre. Ich finde es ja witzig bei eurem Masterplan, also da gibt es kurzfristig und mittelfristig, auf langfristig verzichtet ihr ja sowieso, weil mittelfristig zehn Jahre, da denkt ihr euch wahrscheinlich, ihr seid eh nicht mehr in der Stadtregierung bzw. zuständig für den Verkehr, aber tut es aus wenigstens pro forma auf, damit es nicht so witzig aussieht. Aber zusammenfassend kann man wieder sagen, es werden halt die Außenbezirke wieder einmal benachteiligt und vergessen bzw. nicht geschickt eingebunden. Da muss man halt sagen, also da könnte die Fußgänger:innenbeauftragte, Renate Platzer, durchaus mit den Bezirksvorstehenden in den Außenbezirken Kontakt aufnehmen und generell muss man halt wirklich sagen, also natürlich bei diesem Workshop waren wir dabei und da war auch ich dabei, wie Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin in der Zeitung gesagt haben, und da sind wir sehr wohlwollend gestartet. Mit wirklich einem

konstruktiven Beitrag, glaube ich, von Seiten der ÖVP, weil wir waren da, glaube ich, sehr, sehr gut vertreten, aber ein Workshop, muss man halt ehrlicherweise festhalten, ersetzt nicht die Kommunikation mit den Bezirksvertretungen, schon gar nicht die Informations- und Anhörungsrechte der Bezirksvertretungen. Und deswegen sehen wir das Ganze ein bisschen kritisch. Zum Beispiel hätte man diesen Masterplan ja auch ausschicken können, wenn man schon die Bezirke nicht einlädt, dass man zumindest um Rückmeldungen bittet, auch das ist nicht passiert. Das wäre ein konstruktiver Zugang gewesen der Stadtregierung, den wir uns gewünscht hätten und auf den wir uns weiter committen und wir hoffen, dass das von der Stadtregierung wirklich ernst genommen wird. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14:35)

KO GRⁱⁿ **Braunersreuther**, Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH):

Liebe Kolleg:innen, ja, es waren, also zunächst vielen, vielen Dank an Renate Platzer, aber auch an das ganze Team der Verkehrsplanung, denn sie hat das natürlich nicht alleine gemacht. Ich weiß nicht, welche Pläne der Herr Topf in seiner Schreibtischschublade hatte, aber diese Notwendigkeiten so weit zu eruieren, wie sie jetzt gemacht wurden. Was besonders erfreulich ist, sich nicht nur die Innenstadtbezirke anzuschauen, sondern auch wirklich rauszugehen, dorthin, wo die Probleme tatsächlich am größten sind. Damit hat sich wieder einmal etwas bewiesen, weshalb wir uns immer für eine qualifizierte Stadtplanung einsetzen. Eine Stadt kann natürlich von alleine wachsen, aber dann kommt es halt dazu, dass sie so aussieht, wie oft in den Außenbezirken, wo vormals ein Haus gestanden ist, und da ist ein kleines Straßerl hingegangen, das war auch okay. Aber dann sind immer mehr Häuser dazugekommen und alle hatten ihre Vorgärten. Gehsteig ist keiner gebaut worden,

weil es hat ja immer dieses kleine Straßerl gereicht. Jetzt sind die Kinder, die in den Häusern wohnen, gezwungen, ohne Gehsteig zum Bus zu gehen, wenn sie zur Schule fahren müssen. Das führt wiederum dazu, dass die Eltern sagen, das ist ja viel zu gefährlich, da fahre ich mein Kind jetzt mit dem Auto in die Schule. Genau so etwas geht dieser Masterplan auch an. So etwas wird in der gesamten zukünftigen Verkehrskonzeption hoffentlich über diese Periode hinaus angegangen werden, denn eine der größten Gefahren für Kinder auf dem Weg zur Schule besteht tatsächlich derzeit vor der Schule. So viele Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto, dass da chaotische Verkehrssituationen entstehen, die nicht überschaubar sind. Sogar die Polizei warnt davor und bittet, das nicht zu tun. Das versuchen wir mit allen Mitteln zu verhindern. In diesem Masterplan gibt es nicht nur konkrete Beispiele, was wo gemacht werden soll, sondern er beschreibt auch Initiativen wie zum Beispiel den Pedibus und andere Maßnahmen, um das zu verhindern. Denn damit, glaube ich, könnte man wirklich wirkungsvoll etwas machen, um die Kinder auf dem Weg zur Schule zu schützen und sie daran zu trainieren, dass sie dann später nicht die sind, die ihre Kinder wiederum zur Schule bringen mit dem Auto, sondern die vertrauensvoll ihre Kinder mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder auch mit dem Fahrrad oder zu Fuß dorthin schicken können. Das ist, wo wir hinwollen, und das ist ein Plan. Ein Plan heißt deswegen Plan, weil er langfristig gedacht ist. Dieser Masterplan, heißt deswegen Masterplan, weil er zwar einige konkrete Beispiele nennt, aber das wurde im Ausschuss und wurde von allen immer wieder betont. So ein Masterplan kann nur flexibel gehalten sein, wenn er ernst gemeint ist, denn das, was jetzt eruiert wurde, diese Notwendigkeit von guten Fußwegverbindungen, die können sich sehr schnell ändern. Die ändern sich vielleicht schon allein, wenn irgendwo ein Supermarkt eröffnet wird, wo es andere Zu-Fuß-Geh-Schwerpunkte dann gibt. Deswegen ist dieser Masterplan, der enthält jetzt mal zwar einige konkrete Ziele, die kurzfristig machbar sind, einige langfristige Ziele, wo Probleme erkannt wurden, aber er ist auch gedacht und das unterscheidet sich von Vielem, was früher gemacht wurde. Er ist auch

Grundlage für die Förderung dieser Projekte und mit dieser Förderung, weshalb früher viele Projekte nicht umgesetzt werden konnten, war nicht zuletzt das, dass in der Verkehrsabteilung die Leute tatsächlich nicht hinterhergekommen sind, weil es zu wenig Personal für den Bereich gab, sondern weil es an dem Geld gescheitert ist, das notwendig dafür war. Und deswegen wäre es jetzt natürlich total wichtig, diesen Masterplan zu beschließen, damit wir zum Ende des Einreichungszeitraums diesen Masterplan mit einreichen können und hoffen, diese Förderung in gesamter Höhe zu erhalten. Zum Punkt informieren, also, unsere Bezirksräte und Bezirksvorsteherinnen waren sehr gut informiert, dafür gibt es ja auch Strukturen innerhalb des Hauses. Dieser Masterplan ist den Klubs zugegangen. Die Clubs, und das ist ihre definierte Aufgabe, sind dafür zuständig, das auszuschicken und auch das Feedback einzuholen. Dafür ist kein Stadtratsbüro zuständig und auch keine Abteilung. Wir haben das gemacht, wir haben das Feedback gesammelt. Das Feedback wird, wo es auch noch Fehlstellen gibt – und die wird es immer geben, das habe ich gesagt – also Flexibilität ist hier angesagt. Das kann sich von Tag zu Tag ändern, solche Notwendigkeiten, die werden auch festgehalten, die werden auch weiter in B- und Überarbeitung bleiben. Deswegen können wir jetzt nur hoffen, dass dieser Masterplan mit großer Mehrheit oder sogar einstimmig beschlossen wird, damit wir einfach in die Zukunft der sanften Mobilität gehen können. Danke.

Gemeinderat Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer:innen im Livestream und hier vor Ort, wir haben jetzt einiges über die fehlende Beteiligung gehört, speziell der Bezirke und ich möchte das noch einmal sagen, das stimmt einfach nicht. Wir haben eben die Workshops gehabt, das ist eh schon mehrfach angesprochen, aber es sind natürlich auch viele andere Vorschläge, die der Herr Kollege Topf schon seit Jahren eingebracht hat, die viele andere hier im

Gemeinderat eingebracht haben, die in den Bezirken beschlossen wurden. All das wurde gesichtet und das wurde von Profis durchgeschaut, einerseits von der Verkehrsplanung, andererseits von einem externen Büro. Und natürlich stehen jetzt nicht alle in der Liste. Es gibt auch Gründe, warum manche das vielleicht nicht geschafft haben in dieser Liste. Es gibt aber trotzdem auch in Zukunft natürlich die Möglichkeit, diese Liste zu erweitern. Wir haben schon gehört, die Kollegin Braunersreuther hat das gesagt, das sind jetzt nicht natürlich alle Lücken da drinnen, dafür gibt es leider zu viele in Graz, aber das kann ergänzt werden. Und was auch wichtig ist, ist das Kurz- und Mittelfristige, so wie das jetzt drinnen steht, das ist jetzt einmal ein Entwurf, das ist einmal eine Idee, was man jetzt in den nächsten Jahren besonders priorisiert, aber natürlich kann es auch sein, dass Projekte, die jetzt als mittelfristig drinnen stehen, dann etwas weiter vorkommen. Ich möchte aber vor allem auf die inhaltliche Kritik auch eingehen, weil, was schon einmal sehr wichtig ist, dass wir jetzt überhaupt einmal das Thema Fußverkehr ernsthaft angegangen sind in der Stadt, und das ist erstmalig passiert. Kollege Huber meinte, das war immer wichtig, aber wenn man sich vorher anschaut, da war ein Mitarbeiter in der Verkehrsplanung, der Herr Kostka, die Frau Bürgermeisterin hat es gesagt, der hat auch zehn andere Aufgaben gehabt und dass damit natürlich kaum etwas passiert ist.

Zwischenruf:

Wer war verantwortlich für den Verkehr?

Gemeinderat Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Lange Zeit die ÖVP und dann auch andere Parteien, aber es war immer unter, die letzten 20 Jahre war die ÖVP zuständig in der Stadt und fürs Personal zuständig, also insofern, warum so wenige Leute dort in der Verkehrsplanung zuständig waren, also das kann man wirklich nicht einfach weggeben. Es ist auf jeden Fall auch, wenn das beschlossen worden ist, es ist ja nicht nichts passiert, aber es ist halt ohne Plan und

ohne Strategie passiert, die Laboratoriumstraße haben wir vorher gehabt, vielleicht für den Kollegen Lohr, das ist jetzt keine Platzierung, die Reihung, das ist einfach nach Bezirken geordnet. Wir haben jetzt innerhalb weniger Monate eine Fußverkehrsbeauftragte eingestellt. Wir haben gleich erste Maßnahmen gesetzt. Die Zinsendorfgasse haben wir schon gehört. Wir haben gleich einen Masterplan in Auftrag gegeben, um endlich einmal ein strategisches Vorgehen zu ermöglichen. Ganz wichtig: Dieser Masterplan, den wir jetzt beschließen, ist auch die Basis für eine Co-Finanzierung. Die Co-Finanzierung des Bundes und dann auch des Landes Steiermark. Das heißt, wir bekommen Geld, wir bekommen bis zu 75 %, wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden. Also wir tun endlich etwas für die Fußgängerinnen und Fußgänger und holen auch noch Geld nach Graz. Das ist doch einmal eine tolle Nachricht. Und eben ganz wichtig, wir bauen dann nicht irgendwo. Es sind 197 Schwachstellen definiert. Das ist eh traurig, dass es so viele Schwachstellen gibt in Wahrheit. Also das ist kein gutes Zeugnis, aber ja, da ist eben jahrzehntlang nichts passiert. Kollege Huber hat eh einige aufgezählt auch. Es zeigt aber auch, wie viel zu tun ist und es geht natürlich leider nicht alles gleichzeitig. Deswegen haben wir ja das auch priorisiert. Es steht auch drinnen im Masterplan, nach welchen Kriterien diese Priorisierung stattgefunden hat. Also da kann man sich das sehr genau anschauen und da sind natürlich auch die Rückmeldungen aus dem Beteiligungsprozess eingeflossen. Was ganz wichtig ist, die oberste Priorität immer wieder, sind einfach sichere Schulwege für Kinder, die letzten Meter zur Schule, aber auch die Wege zu den ÖV-Haltestellen. Da wird man sehr viele Projekte auch finden, wenn man schaut, was jetzt kurzfristig hier angedacht ist. Dort werden wir besonders angreifen und ich möchte auch sagen, es ist ja schon in den letzten zwei Jahren einiges passiert. Zuletzt eben der Gehsteigausbau bei der Volksschule Berlinerring, erste Schulstraßen sind in Graz errichtet worden, die Niebelungengasse, Waltendorf, Straßgang. Es sind Gehsteige neu errichtet worden, verbreitet worden, Ampeln, sichere Querungen mit Schutzwegen,

also insgesamt letztes Jahr allein 25 Projekte, € 1,5 Millionen für den Fußverkehr. Auch Heuer ist da vieles geplant, also ich glaube, da sind wir wirklich auf einem guten Weg. Vielleicht auch noch der Radweg Neutorgasse, der jetzt auch fertig wird. Der wird natürlich auch die Schmidtgasse als Fußgeherachse entlasten, also das bitte immer zu berücksichtigen. Wir werden an sich sonst mit den größten Schwachstellen beginnen, wir werden versuchen, da die Synergien zu nutzen und es geht darum, dass möglichst rasch, möglichst viel jetzt umgesetzt wird im Interesse der Fußgängerinnen und Fußgänger, aber letztlich, nachdem wir alle hier und da zu Fuß unterwegs sind, im Interesse aller Grazerinnen und Grazer. Insofern darf ich da um breite Zustimmung bitten.

Gemeinderat Dr. **Piffl-Percevic**: (zur Geschäftsordnung)

Hohe Vorsitzende, hoher Gemeinderat, liebe Alle. Meine Vorredner haben sich ausführlich mit der Einbindung oder besser gesagt mit der mangelnden oder nicht Einbindung derer befasst, die nach unseren Rechtsvorschriften damit zu befassen sind. Es ist hoch anzurechnen, das übertreibe ich jetzt, aber ich meine, es ist gut, dass es dann Workshop gegeben hat. Wir haben aktiv daran teilgenommen, es wurde sehr viel eingebracht. Ich war selbst am Rande der Workshops dabei, konnte bei einigen nicht teilnehmen, das war sehr interessant und wichtig. Das ersetzt aber nicht das, was in unseren Rechtsvorschriften für die Genesis, für die Generierung unserer Beschlüsse hier vorgesehen ist. Ich möchte jetzt, weil es auch ein Gutachten vom Mag. Schmalenberg gibt, gar nicht darauf eingehen. Das habe ich erst heute gesehen. Ich beziehe mich ausdrücklich nicht darauf, mir steht es nicht zu, das zu kritisieren oder zu werten. Mir genügt die eine Bestimmung und die ist auf der zweiten Seite und auch im Antrag meines Geschäftsordnungsantrags zur Zurückleitung, zur Ergänzung enthalten. Das ist die Nichteinbindung. Lenartitsch weiß schon, was ich jetzt sage. Der Bezirksvorsteher in die Ausschusssitzung des Planungsausschusses am gestrigen Tage.

Wir haben eine Bestimmung, die nichts an Auslegungszweifel hinterlässt. An jenen Sitzungen der vorbereitenden Gemeinderatsausschüsse, in denen bezirksbezogene Angelegenheiten behandelt werden, sind die Bezirksvorsteher:innen einzuladen und es gibt dort ein Fragerecht der Ausschussmitglieder. Warum in der Welt wurden die Gäste nicht eingeladen? Wir haben 16 freie Sessel gehabt oder 17. Ich habe sie abgezählt. Die Sitzung hätte sich um ein paar Fragen verlängert. Kein Stein wäre irgendjemanden aus der Krone gefallen und wir hätten in dieser Hinsicht jedenfalls eine rechtsgültige Beschlussfassung heute vornehmen können. Die Geschäftsordnung für die Bezirksräte ist vom Gemeinderat beschlossen worden und steht im Range einer Verordnung. Wisst Ihr, Frau Vizebürgermeister, was mir langsam als Bilder entstehen? Ein Bild, der Christian Kozina hat es angefangen zu zeichnen, ich möchte die Pippi Langstrumpf nicht beleidigen, aber sie gilt dafür, dass sie sich eine Welt schafft, wie sie ihr gefällt. Und es ist die Welt, wir machen einen Workshop, binden alle ein, was wir dann daraus machen, das ist gefälligst unsere Sache, das geht niemandem mehr etwas an und wir sollen es hier durchwinken und durchrufen. Das ist ein demokratiepolitisch, Frau Vizebürgermeister. Sie sind die Fraktionsführerin, auch heute jetzt die Vorsitzende. Sie sind die Verkehrsreferentin oder du, du bist maßgeblich dafür verantwortlich, dass diese Pippi-Langstrumpf-Politik betrieben wird. Wir wollen hier nicht "Grüß Gott, Auguste" sein und etwas durchwinken und wir wollen auch in der Lage sein, unseren Bezirksvorstehern und unseren Bezirksräten vor einer Beschlussfassung, wir haben umfangreiche Klubsitzungen, Rede und Antwort zu stellen. Wir sind nicht in der Lage, weil diese Fragen, wir haben einige, wir haben uns auch nicht verschwiegen, wir haben bis zu Detailplanungen hier auch eingebracht. Ich komme zum Schluss, ich stelle den Antrag auf Zurückleitung und Ergänzung, damit wir rechtskonform eine Beschlussfassung in der nächsten Sitzung fassen können.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Vielen Dank für deine vielen Worte lieber Ehrenklubmann. Der Geschäftsordnungsantrag, den ihr eingebracht habt, ist natürlich abzustimmen und zu verhandeln und ich darf hier vielleicht eine Gegenrede zu dem von dir ausgeführten halten. Es ist, wie auch von der Präsidialabteilung, die wir zur Rate gezogen haben beurteilt, so, dass es einerseits um keinen konkreten Bauprozess, Bauprojekte geht, sondern um einen Masterplan. Das heißt, das, was eigentlich die Geschäftsordnung aussagt, ist, ich habe einen Bebauungsplan, ich habe ein Straßenbauprojekt, ein Gehsteigprojekt, was auch immer, ein Fußgängerzonenprojekt, eine Schulstraße, dann wäre die der Bezirksvorsteherin aus betreffendem Bezirk in den Ausschuss einzuladen und anzuhören. Das sagt die Geschäftsordnung nach meinem Wissenstand aus und hier geht es nicht um diese Konkretheit.

Das Zweite ist, Information ist passiert im Vorfeld im Bereich dieser schon mehrfach genannten Workshops, wo ja auch natürlich die Ideen eingebracht werden konnten von allen Bezirksvorsteherinnen und Vorstehern und sonstigen Teilnehmer:innen. Des Weiteren kann eine solche Information bzw. die Rückantwort aus dem Bezirk X oder Y auch nach einem solchen Gemeinderatsbeschluss oder Ausschusssitzung fallen, auch das ist laut Geschäftsordnung möglich. Das dritte ist, nur zur Klarstellung.

Gemeinderatsbeschlüsse sind auch im Falle eines konkreten Bauprojekts, Straßenbauprojekts, was auch immer, gültig, auch wenn diese Bestimmung der Anhörung aus Zeitgründen oder sonstigen Geschichten heraus nicht gelingen konnte. Oftmals nehmen Bezirksvorsteher:innen zum Beispiel auch nicht Teil in Ausschüssen und es gibt viele Bereiche auch abseits der Stadtplanung und der Verkehrsplanung, wo man das vielleicht auch etwas genauer einmal anschauen sollte, was die Rede- und Anhörungsrechte von Bezirken, Bezirksratsvertretungen und so weiter sind.

Kurzum, dem Antrag können wir seitens der Koalition so nicht folgen, weil es, wie gesagt, ein Masterplan ist und keine konkreten Beschlüsse umfasst, mit Summen und Bauzeiten etc. entsprechend dargestellt. Das wird in den nächsten Schritten erfolgen

und da freuen wir uns natürlich, wenn die Bezirksvorsteher:innen aus den betroffenen Bezirken bei den Projekten, die dann umgesetzt werden, zum Masterplan gehen. Auch sehr intensiv sich einbringen werden und in die Ausschüsse kommen werden. Ich danke.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Nachdem ich eigentlich die Möglichkeit hätte, nach Geschäftsordnung, wie mir gerade erklärt wurde, das Wort zu ergreifen, ich es aber nicht ergreifen kann, mangels Anwesenheit der Stadtregierungsmitglieder, bitte ich, einfach das zu übergehen und zur Abstimmung zu kommen. Wer ist für diesen vorliegenden Antrag? Zum Geschäftsordnungsantrag, Entschuldigung, von Herrn Piffel-Percevic eingebracht. Gegenprobe, wer ist dagegen? Das ist offenkundig die Mehrheit, damit ist der Antrag von Herrn Gemeinderat abgelehnt, vielen Dank für die Unterstützung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung wurde mit Mehrheit (gg. ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Lohr) abgelehnt.

Gemeinderat **Lenartitsch:**

Werte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen im Gemeinderat, liebe Zuseher:innen. Ja, es ist spannend, wenn sich eine Regierung verändert, dass sich vielleicht auch Arbeitsweisen verändern, aber das will jetzt gar nicht alles aufrollen. Nur wenn ich dann als Ausschussvorsitzender da ein bisschen in die Misskritik geschoben werde, könnte man mir vielleicht zuschancen, ich hätte entsprechend nicht reagiert und die Bezirksvertretungen nicht eingebunden, bzw. nicht einladen lassen, ist aber nicht der Fall. Das wurde jetzt im Jahr erörtert. Weiters möchte ich auch sagen, dass im

Ausschuss wir die Möglichkeit hatten, bei der Frau Platzer alles nachzufragen. Sie hat das Projekt sehr ausführlich und Gott sei Dank haben wir gestern sehr viel Zeit gehabt im Ausschuss, sehr ausführlich berichtet hat. Da wurden mangels, weil halt nicht jedes Mal jeder Gemeinderat Zeit hat, der vielleicht dort drinnen sitzen sollte, um dann herauszuspricht, nicht anwesend war, dort zuzuhören und Fragen zu stellen. Wenn dann hier heraus noch gesagt wird, unsere zwei Top-Gemeinderäte, unsere zwei Hofräte haben diese Beispiele schon jahrelang in ihren Taschen und in ihren Läden, frage ich mich, warum habt ihr dann diese Ideen nicht mit euren Bezirksvertretungen so quasi schon besprochen, weil dann hätten wir jetzt einfach nur noch gesagt, passt es ist schon alles drinnen. Es wurde ja auch noch einmal gesagt, und das danke ich auch dem Christian Kozina-Voit, er hat gesagt, es ist kein Ranking mit diesen Beispielen, sondern diese Anzahl brauchen wir, um Fördermittel abholen zu können, das ist gestern auch sehr klar gesagt worden. Weiters möchte ich auch sagen, es sind verschiedene Projekte ausgesucht worden, die so quasi priorisiert sind auf dieser Liste, die sehr unterschiedlich sind. Es war auch gestern im Ausschuss so, mit einem Nicken vielleicht auch zu vernehmen, dass es sehr gut ist, dass Sie so vielfältig sind. Von einer Fußgängerampel, bis einer Durchwegung und gerade Gehsteige und so, und genau das spiegelt ja unsere Stadt wieder, sodass es sehr bunt ist, sehr vielfältig ist und mit diesem „Masterplan Gehen“ können wir eben das erreichen, dass wir kleinere Projekte forcieren und vor allem, wenn wir sie zu 75 % gefördert bekommen, unbedingt in Angriff nehmen müssen. Danke dafür und ich bitte um breite Zustimmung.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (14:55)

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Danke, dann würde ich gerne das Schlusswort sagen. Ich würde gerne eine Sache richtigstellen, es wurde kein Mädchen am Andritzer Hauptplatz getötet, das hätte ich gerne noch einmal hier klar gesagt, bitte? Ja, es entspricht aber nicht der Wahrheit, sondern das Mädchen wurde selbst verschuldet verletzt und ich hätte es gerne hier noch dargestellt, das Mädchen, dass in die Straßenbahn gelaufen ist, meinen Sie offenkundig und das sind Dinge, die sehr ernst sind und da sollte man keine Falschmeldungen verbreiten.

Insgesamt möchte ich mich trotzdem für die sachliche Debatte bedanken. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass tatsächlich sämtliche Bezirke umfänglich eingebunden waren und auch weiter werden. Das kann ich allen versichern. Wir haben, Renate Platzer hat, und das hat sie auch gestern im Ausschuss beschrieben, alle Bezirksanträge, also dort, wo es um Fußgänger:innenverkehr geht, durchforstet. Das ist alles in diesem Masterplan eingeflossen, dem detto auch Gemeinderatsanträge, die den Fußgänger:innenverkehr betreffen. Das ist alles in diesen Masterplan eingeflossen und es wurde auch schon erwähnt, das ist ein offenes Papier. Das heißt, es ist nicht in Stein gemeißelt, aber es ist die Basis dafür, dass wir strategisch und strukturell mit einem Plan arbeiten können, der lange auch von der jetzigen Opposition eingefordert wird. Jetzt liegt er vor, er liegt vor nach einem Schema, das dem des Ministeriums entspricht, damit wir eben entsprechend die Förderung beim Klimaaktivfond einreichen können. Ich freue mich darüber, dass wir erstmals in Graz ein umfängliches Fußgänger:innen-Masterplan-Paket haben und ich freue mich auch auf die Abarbeitung der vielen Themen und freue mich auf Gehsteige, Schutzwege und neue Druckknopfampeln. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15:00)

Der Antrag wurde mehrheitlich (gg. ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.

7.24 Stk 24.) A8-102333-2015-16 Wohnen Graz - Finanzierung von Sanierungen

Berichterstatter: GR Hackenberger

Gemeinderat **Hackenberger**:

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher im Saal und an den Bildschirmen. Hier geht es um Darlehen, die im Zuge von Sanierungen durch Wohnen Graz für insgesamt 27 Eigentumswohnungen aufgenommen wurden bzw. noch aufzunehmen sind, in einem Gesamtausmaß von circa € 18,5 Millionen. Das sind eine ganze Reihe von Häusern in der Münzgrabenstraße, in der Wachtelgasse, in der Neuholdaugasse, Conrad-von-Hötzendorf-Straße etc. Und die Stadt Graz ist überwiegend Eigentümerin oder überwiegende Miteigentümerin dieser Wohnobjekte, die alle im Wohnungseigentum stehen. Das sind weit über 90 %, sodass die Mittel, die als Darlehen aufgenommen wurden, zu diesem überwiegenden Anteil eigene Verbindlichkeiten der Stadt Graz sind in ihrer Eigenschaft als Wohnungseigentümer. Im Wohnungseigentumsgesetz ist allerdings festgelegt, dass die übrigen Miteigentümer oder dass, so muss man es umfassend sagen, dass jeder und jede Miteigentümerin für die Darlehen der anderen Miteigentümer haftet, wenn es sich um ein Darlehen für eine Sanierung handelt, also ein Darlehen, was von der Hausverwaltung aufgenommen wurde. Das bedeutet hier, dass die Stadt Graz nicht nur für ihre eigenen 17,3 Millionen Euro haftet, das ist nämlich der Anteil, der dem Miteigentumsanteil insgesamt entspricht, sondern auch für den Rest 1.116,799 Euro, also für jenen Teil der eigentlich den anderen Miteigentümern zuzuordnen sind.

Das ist eine sehr theoretische Haftung, schon deswegen, weil die Darlehen über die Rücklagen nach dem Wohnungseigentumsgesetz zurückgezahlt werden und Miteigentümer, die ihre Darlehnsraten, also ihre Rücklagenbeiträge nicht leisten, von der Hausverwaltung mittels Klage und Exekution dazu herangezogen werden können und derartige Rückstände sind immer erstrangig im Grundbuch, unabhängig davon, ob die Wohnungen schon vorbelastet sind. Das Stück resultiert aus einem formalen Erfordernis, nämlich, dass die Finanzdirektion einen Gemeinderatsbeschluss herbeiführen muss, weil die Haftungen der Stadt Graz, auch wenn sie sehr unreal sind und sehr unwahrscheinlich sind, im Rahmen des Rechnungsabschlusses in einer Haftungsbeilage darzustellen sind, aus Transparenzgründen. Aus diesem Grund stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligung und Immobilien den Antrag: Der Gemeinderat wolle die Haftungsübernahme für eben diese ca. 1,16 Millionen Euro für die Darlehen im Rahmen von Sanierungen bei den Wohnungseigentumsobjekten genehmigen. Bitte um Annahme dieses Stückes.

Originaltext der Mitteilung:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Haftungsübernahmen in Höhe von 1.116.799,91 € für Darlehen im Rahmen von Sanierungen bei Wohnungseigentumsobjekten laut beigefügter Übersicht werden genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.25 Stk.25.) A10BD-023257-2003-547

**Erhöhung der Projektgenehmigung
Josef Huber-Gasse**

Berichterstatter: GR Lenartitsch

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Werte Stadtregierung, liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte, liebe Zuseher, liebe aktiven Bürger, die der Gemeinderatssitzung im Livestream folgen.

Es geht um ein Stück bzw. um die Erhöhung der Projektgenehmigung für die Josef-Huber-Gasse bzw. die eventuelle Projektierung, die eventuelle Umsetzung des Durchstiegs der Unterführung, hier geht es um € 1.357.000,00.

Die Ausgangssituation, vielleicht kurz geschildert. Es wurde 2014 beschlossen, für die bessere Erreichbarkeit der Reininghausgründe, wie sie sich entwickeln, um das hier vielleicht mit einer Unterführung besser anbieten zu können, nicht nur für den Individualverkehr, sondern auch für den öffentlichen Verkehr, für die Fußgänger und für die Radfahrer. Hier hat sich natürlich auch in den letzten Jahren ein bisschen etwas getan und warum wir die Projektgenehmigung so quasi brauchen, um hier aufzustocken, hängt damit zusammen, dass wir Vereinbarungen mit diversen Grundstücksbesitzern dort einhalten müssen, wo es darum geht, ob sie sich verändern müssen, weil dort noch Gebäude von ihnen oben stehen. Es geht um Planungsüberarbeitungen. Es geht in weiterer Folge auch um die Kosten bzw. hat auch das Ganze der Stadtrechnungshof bereits geprüft, das hat er im August 2023 bekommen. Die Finanzierung würde sich wie folgt darstellen, indem man eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds vornimmt und diese 1,375 Millionen Euro für diese Sicherstellung zu gewähren. Daher stelle ich seitens des Ausschusses den Antrag, dass der Gemeinderat beschließen wolle, die Erhöhung der Projektgenehmigung Josef Huber-Gasse um 1,375 Millionen Euro auf 4,3 Millionen Euro zuzustimmen und die neue Verteilung der Mittel ergeben sich wie folgt. Die neuen Gesamtkosten sind dann

eben 4,3 Millionen Euro. Bis Ende 2022 wurden 2,74 Millionen Euro ausgegeben und so weiter.

Ebenso können Sie in den Unterlagen weiterlesen, dass es daraus auch notwendig ist, dass dem Verkauf und der Auflassung als öffentliche Gemeindestraße des betroffenen Teilabschnittes der Südbahnstraße zuzustimmen ist. Viertens, die eine integrierten Bestandteil des Beschlusses bindende beiliegende Kauf- und Dienstbarkeitsvereinbarung mit dem Stahl- und Walzwerk Marienhütte GmbH wird bewilligt. Die Abteilung für Immobilien wird aufgefordert und beauftragt, die Verhandlungen für die übrigen Grundstücks ablösen und einlösen durchzuführen. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, bis Sommer 2024 dem Gemeinderat einen Vorhabensbeschluss zum Bau der Südbahnstraße neu vorzulegen.

Auch die Beilagen waren ersichtlich und ich darf Sie in diesem Sinne um breite Zustimmung, wenn vielleicht sogar um einstimmige Annahme dieses Stücks bitten.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Erhöhung der Projektgenehmigung „Josef Huber-Gasse“ um € 1.375.000, -- auf € 4.300.000, -- wird zugestimmt. Die neue Verteilung der Mittel ergibt sich wie folgt:*

<i>Neue Gesamtkosten:</i>	<i>€ 4.300.000, --</i>
<i>Bis Ende 2022 wurden verausgabt:</i>	<i>€ 2.739.886,53</i>
<i>2023:</i>	<i>€ 140.000, --</i>
<i>2024:</i>	<i>€ 1.420.100, --</i>
<i>Rest:</i>	<i>€ 13,47</i>

- 2. Der Budgetvorsorge über € 1.375.000,- für 2024 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungshaushalt für 2024 wird dadurch wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
220	612000	1.001000	12203230	Josef Huber-Gasse / Unbebaute Grundstücke	D.220323	+1.375.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+1.375.000	

Die Bedeckung der zusätzlichen Kosten in Höhe von € 1.375.000, --- für das Jahr 2024 erfolgt durch Umschichtung aus dem Investitionsfonds.

Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

- 3. Dem Verkauf und der Auflassung als öffentliche Gemeindestraße des betroffenen Teilabschnittes der Südbahnstraße wird zugestimmt.*
- 4. Die, einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende, beiliegende Kauf- und Dienstbarkeitsvereinbarung mit der Stahl- und Walzwerk Marienhütte Gesellschaft m.b.H. wird bewilligt.*
- 5. Die Abteilung für Immobilien wird beauftragt, die Verhandlungen für die übrigen Grundeinlösen durchzuführen.*
- 6. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, bis Sommer 2024 dem Gemeinderat einen Vorhabensbeschluss zum Bau der „Südbahnstraße neu“ vorzulegen.*

Gemeinderat DI **Topf**:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, hohe Stadtregierung, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich muss ein bisschen in die Geschichte dieser Unterführung zurückgehen. Ich habe herausgekratzt aus meinem dicken Ordner Josef-Huber-Gasse am Steinfeld, sagen wir jetzt zum Teil dazu, ein Stück aus dem Jahre 2000, August 2000, wo zum ersten Mal, nach meiner Einschätzung, hier dieser Grundsatzbeschluss gefasst wurde, eben diese Josef Huber-Unterführung zu bauen. Da war auch in diesem Stück die Unterführung Friedhofsgasse dabei. Vielleicht war der eine oder andere, ich glaube der Herr Stadtrat war schon im Gemeinderat, ich weiß nicht, wer 2000 im Gemeinderat war. Ich war auf jeden Fall nicht im Gemeinderat. Wir haben auch nicht die Regierungsverantwortung dort gehabt. Da ist ganz klar beschrieben worden, dass diese Unterführung Josef-Huber-Gasse zumindest in einem Projekt zu bearbeiten wäre, wenn ein Vollausbau damals noch mit der Breite, die halt zwischen den Bohrfallwänden der Marienhütte Platz gehabt hätte. Das entspricht jetzt nicht mehr den Voraussetzungen für einen Geh- und Radweg. Das ist also die Breite, in der einen Galerie der Bohrfallwände nicht vorhanden. Wir haben ja ausführlich schon diskutiert, ich glaube, das brauche ich nicht zu wiederholen. Wir haben ja mehrfach schon auch diese Alternativen durchbesprochen. Es wird immer wieder kritisiert und das zu Recht aus meiner Sicht, auch im Zuge des UVB-Verfahrens, dass die Josef-Huber-Gasse hier zusätzlich belastet wird. Das ist eigentlich nicht richtig, diese Behauptung, denn damals schon, schon damals in diesem Stück, ich habe es extra herausgesucht, mir rot angekreuzt, ist ganz klar festgelegt worden, damit man die Josef-Huber-Gasse nicht zusätzlich belastet aus diesem Bereich, steht ausdrücklich drin, mit dem Geradeaus-Fahrverbot vom Westen kommt es nicht zu einer Mehrbelastung in die Josef Huber-Gasse. Man kann das vergleichen, weiß nicht, ob jemand die Hohenstaufengasse oder die Fabrikgasse kennt, auch da kann man von Westen kommend aus der Hohenstaufengasse nur nach Norden und nach Süden in den Gürtel abbiegen, außer bei ÖV, der geradeaus drüberfahren kann.

Auch das ist bereits im Jahr 2000, weil das immer wieder diskutiert wird, um Gottes willen, die Josef-Huber-Gasse wird durch den Verkehr aus dem Reininghaus zusätzlich belastet, das stimmt einfach nicht. Es ist ganz klar festgelegt worden, festgelegt worden damals schon, dass dieses Geradeausfahren durchaus unterbindbar wäre und die Abbiegemöglichkeit Richtung Norden und Süd, aus dem Westen kommend, aus der Unterführung kommend, möglich wäre. Also das ist etwas, was man wirklich noch einmal klar sagen muss und das ist nicht ein Stück, dass irgendwann einmal durch eine Regierung mit Bürgermeister Nagl an der Spitze hier sozusagen kreierte wurde, sondern dieses Stück ist aus dem Jahr 2000 und wurde dann selbstverständlich im Zuge des Rahmenplans Reininghaus dann auch sozusagen mit Verträgen verbindlich erklärt, dass man eben auf einer Größenordnung von 300.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche, die wir, glaube ich, schon erreicht haben oder bald erreicht werden oder kurzfristig schon überschritten haben, dass man dann ein Problem bekommt, hier die weiteren Verträge, die wir mit den Bauträgern abgeschlossen haben, zu verwirklichen. Und das wird immer wieder gesagt, na um Gottes willen, dann hätten wir halt geschaut, dass in Reininghaus nicht so viel gebaut wird. Ich möchte schon erinnern daran, dass wir von der ÖVP seinerzeit ganz konkret, ganz konkret in Vorlage getreten sind, diese Grundstücke zu erwerben. Wir sind natürlich damals, als wie es zu Diskussion gestanden hat, das sage ich jetzt nur denen, die damals vielleicht nicht dabei waren. Ich kann mich noch gut an die Diskussion mit dem seinerzeitigen Gemeinderat, der auch mein Nachbar ist, erinnern. Die Diskussionen, die wir geführt haben, damals noch in der Regierung zusammen mit den Grünen. Können wir nicht Grundeigentümer dort werden, damit wir selber gut gestalten können. Da sind wir leider nicht geworden und jetzt haben wir natürlich die Situation dort, dass das gebaut wird, was halt damals sozusagen im Verkauf dieser Grundstücke in diversen Bauträgern von der Gesellschaft, die das hier vertreten hat. Das ist die Situation. Wenn, ich muss jetzt ein bisschen lachen, Entschuldigung, wenn der Kollege Dreisiebner im Kontrollausschuss sagt, ja, man hätte eigentlich schauen sollen, dass

man die Grundstücke brach liegen lässt, das ist ein Satz, da habe ich müssen ein bisschen lachen, auch damals im Kontrollausschuss, wo diese Verkehrsausschliffabschließung Reininghaus diskutiert wurde. Hätte man es brach liegen lassen, also die Grundstücke haben uns nicht gehört, um das noch einmal klar zu sagen. Unser Antrag, die Grundstücke zu kaufen, hat keine Mehrheit gefunden. Das ist einmal sozusagen die Einleitung zur Diskussion der Josef-Huber-Gasse-Unterführung. Danke.

Gemeinderat **Wagner:**

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben da ein Stück zur Beschlussfassung. Da geht es eben um die Budgetvorsorge für dieses Projekt Josef-Huber-Gasse. Natürlich werde ich für diese Budgetvorsorge stimmen, da ich ja für dieses Budget und für dieses Projekt eben bin. In der Fragestunde, Frau Vizebürgermeisterin, haben Sie aber ausgeführt, Sie werden alles dafür tun, um diese Unterführung nicht umzusetzen. Jetzt frage ich mich schon, beschließe ich jetzt das Budget, um es umzusetzen, oder das Budget, um Ihnen die Mittel zu geben, um es zu verhindern. Eines möchte ich dazu schon auch noch anmerken, es ist eben ein Fakt, dass 2014 das beschlossen worden ist. Das mag Ihnen gefallen oder auch nicht gefallen, mir gefallen auch nicht alle Beschlüsse, die hier getroffen werden. Trotzdem werden sie so getroffen und werden dann auch zumeist umgesetzt. Eines hat der Herr Klubobmann Dreisiebner vorher in seiner Wortmeldung gesagt, zu einem anderen Thema, und zwar: Gemeinderatsbeschlüsse sind gültig, ja, und Punkt. Und da sind sie ja umzusetzen, ob sie einem gefallen oder nicht. Und ich würde sie bitten, eben diese Beschlüsse hier im Haus mehrheitlich getroffen werden, nicht immer einstimmig, aber sehr oft, wenn wir gelesen haben, dass diese dann auch umgesetzt werden und die Energie nicht dafür aufgewendet wird, um Projekte eben zu verhindern, danke.

Gemeinderat Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Vizebürgermeisterin.

Der Herr Kollege Wagner hat es schon richtig angesprochen, das Thema war in der Fragestunde eben schon präsent und mich hat das eigentlich auch etwas überrascht.

Es grenzt eigentlich an politische Kindesweglegung, was Sie betreiben.

Was war der springende Punkt oder was ist der springende Punkt. Ich weiß nicht, ob Sie damals im Gemeinderat waren. Fakt ist, Sie waren sicher schon bei den Grünen und wer hat das ganze Projekt damals beschlossen? Da war auch eine Verkehrsstadträtin Lisa Rücker dabei. Sie kennen sie vielleicht, ist Ihnen ja vielleicht auch nahestehend parteipolitisch. Es ist ja doch wirklich erstaunlich, auf was soll man sich eigentlich bei Ihnen noch verlassen, einmal ist es so, einmal ist es anders, dann werfen wir die Parteilinie um 180 Grad über den Haufen, weil dann denken wir, irgendwelche Klimaziele, für die ist es jetzt nicht förderlich. Also es ist doch erstaunlich, Sie überraschen uns alle und Sie überraschen, und da geht es, glaube ich, vielen Bürgern so, uns immer wieder aufs Neue. Das große Problem daran ist, dass sie uns nicht positiv überraschen, sondern, dass Sie uns regelmäßig negativ überraschen. Es wäre einmal schön, wenn Sie einfach die Worte, die Ihre Parteivorgängerin sozusagen ausgeführt hat und zugestimmt hat, einfach mittragen.

Gemeinderat Ing. **Lohr:**

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Vizebürgermeister.

Auch von mir wahrscheinlich nicht überraschend, dass ich appelliere, diese Unterführung zu bauen. Josef-Huber-Gasse beschäftigt uns lange, ich kann nicht so lang zurückgehen wie der Kollege Topf, aber seit 2010 zumindest war ich dann auch schon dabei und dieser Rahmenplan ist hier beschlossen worden und an den sollten

wir uns auch halten. Und er ist ja nicht umsonst beschlossen worden, sondern das war eben eine wesentliche Infrastruktur und die wesentliche Voraussetzung, dass wir in Reininghaus bauen und vor allem in dieser Dimension bauen und jetzt ist eben fraglich, ob wir jetzt überhaupt noch weiterbauen dürfen. Diese Anbindung, ja, die Grünen wollen jetzt scheinbar nichts mehr davon wissen. Wir haben schon gehört, Kindeswegelegung, aber diese Anbindung für den Grazer Westen wird ja immer dringlicher. Ich habe hier eine Anfrage, die ist jetzt auch schon wieder ein Jahr alt, damals habe ich Sie im Februar 2023 gefragt, wie Sie das Unterführungsprojekt kompensieren wollen, wenn es nicht gebaut wird. Da haben Sie dann auch nur aufs Gutachten verwiesen und da ist dann nichts mehr gekommen. Aber jetzt sind wir mittendrin, mittlerweile ist die Unterführung Peter-Tunner-Gasse gesperrt, wir haben einen Fahrstreifen am Eckenbergergürtel verloren und der Stau ist hier. Heute Morgen wieder im Radio, 20 Minuten Stau rund um die Peter-Tunner-Gasse. Der Westen, kommt nicht weiter. Hier stehen die Busse, aber auch die Fahrradfahrer. Also ohne diese Unterführung, schätze ich, werden wir uns da noch viele Probleme einhandeln und das wird immer schlimmer. Appell, bitte, wie von der Planung, Stadtplanung und Baudirektion, wir sind ja jahrelang schon dran, so wie es vorgesehen ist, bitte diese Unterführung zu bauen, denn es ist dringlicher denn je.

Gemeinderat **Huber**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Hoher Gemeinderat.

Zuallererst möchte ich auf eine Berichtigung von Ihnen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, eingehen. Es ist tatsächlich niemand gestorben am Andritzer Hauptplatz, das habe ich irgendwie falsch abgespeichert, es waren zwei Unfälle mit einem kleinen Mädchen und einem älteren Herrn und dafür möchte ich mich entschuldigen, das war keine Absicht, einen Todesfall einzubauen.

Meine Vorredner haben da eh schon sehr vieles dazu gesagt. Ich sehe das Ganze auch sehr, sehr problematisch, denn es geht schlicht und ergreifend um die Glaubwürdigkeit der Stadt Graz als Projektpartner bzw. Vertragspartner, denn wer soll uns in der Stadt Graz noch etwas glauben, wenn wir von Periode zu Periode beziehungsweise von Stadträtin zu Stadträtin immer etwas anderes sagen, etwas anderes planen oder etwas anderes umsetzen? Das ist schlicht und ergreifend sehr, sehr problematisch und ich glaube, auch da sollten wir in Zukunft auch etwas besonnener vorgehen.

Der zweite Punkt betrifft die Bevölkerung selbst, also da sind wir auch der Bevölkerung, die in dem Glauben hingezogen sind, dass diese Unterführung früher oder später geben wird, im Ort. Ich glaube, auch da gehört es sich, dass man einmal klipp und klar sagt, man baut oder baut es nicht und nicht immer nur irgendwelche Planungen vorschreibt. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und liebe Stadtregierung, ihr seid jetzt zwei Jahre oder mehr als zwei Jahre im Amt, ihr hättet auch ruhig eine Alternativlösung präsentieren können. Auch da kommt nichts von eurer Seite, also das Ganze kann man wirklich etwas besonnener, etwas rationaler lösen und nicht so, wie ihr das wieder einmal in einem Chaos fabriziert wie immer.

Gemeinderat Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierungsmitglieder.

Wir haben es jetzt schon gehört, das ist eine Autoverkehrsmaßnahme, das ist mehrfach gesagt worden, das ist richtig betont worden. Zwischendurch ist darüber diskutiert worden, dass das halt für Fuß und Rad und ÖV toll sein soll, das ist es definitiv nicht. Es geht ja auch genau darum, diese Erschließungserfordernisse, diese Aufschließungserfordernisse für den motorisierten Individualverkehr zu erfüllen und dann hat man sich 2000 halt, wie der Kollege Topf das überlegt, schon gesagt hat, gedacht, naja, ein Tunnel, eine Unterführung, das wäre gescheit. Das war damals alt die Logik in der Verkehrsplanung, da hat man eben versucht, die Probleme dadurch zu

lösen, dass man mehr Straßen gebaut hat. Die Logik, die dann zitiert worden ist, auch wenn da jetzt mehr Verkehr entsteht, dass dann gleichzeitig auf der anderen Seite des Tunnels nicht mehr Verkehr entsteht, also wo kommt denn der hin, schwebt der dann in die Unterführung und schwebt wieder weg? Also irgendwo muss hinten vorne auch mehr Verkehr sein und das ist ein sehr wichtiger Punkt. Der Grazer Westen erstickt jetzt schon im Verkehr. Wenn wir weitere Straßen bauen, dann werden wir dort noch mehr Verkehr haben und nicht weniger. Und dann werden wir noch mehr Stau im Grazer Westen haben, als wir das heute haben und das ist einmal etwas, was wir ganz sicher nicht wollen. Wir wollen nicht mehr Autoverkehr, weil es den Mobilitätszielen widerspricht. Wir wollen 50 % weniger Autoverkehr haben, wie wir hier beschlossen haben, bis 2040. Der Grazer Westen ist zum Beispiel ohnehin schon stark belastet, und deswegen geht es eben darum, dass wir jetzt nicht mit der Logik vom Jahr 2000 an die Sache herangehen, sondern mit der Logik des Jahres 2024. Wenn der Kollege überrascht ist von der KFG, wir lernen dazu. Ich glaube, es geht darum, dass wir alle hier im Gemeinderat versuchen, auch dazu zu lernen und einfach zu schauen, was eine adäquate Lösung im Jahr 2024 ist. Deswegen steht ja auch im Stück, ich zitiere: "Aufgrund der zwischenzeitlich weiterentwickelten und geänderten Mobilitätsziele und Strategien der Stadt Graz zeigen die Berechnungen und Verkehrsmodelle, dass die Chance besteht, die äußere Erschließung des Stadtentwicklungsgebiets Graz-Reininghaus für die zukünftigen Entwicklungsetappen durch ein alternatives Maßnahmenpaket sicherstellen zu können. Der im September 2023 vom Gemeinderat beschlossene Mobilitätsplan 2040 mit seinen Zielen soll die Basis dafür bilden, alternative Maßnahmen zum Straßenbauprojekt zu entwickeln und realisieren zu können". Das heißt, es wird hier wirklich auch im Hintergrund gearbeitet. Die Stadtbaudirektion arbeitet daran, Alternativen zu finden. Den Bauträgern ist es letzten Endes auch egal, ob es da eine Unterführung gibt oder nicht. Die wollen einfach bauen können. Das ist auch von Seiten der Bauträger so an uns kommuniziert worden. Es steht deswegen auch noch einmal dann drinnen, sollten bis zum Sommer 2024

Alternativen zur Sicherstellung der äußeren Erschließung und damit der Gesamtentwicklung des Stadtentwicklungsgebiets Reininghaus gefunden werde, könnte das zu erwartende Investitionsvolumen, und das ist spannend, von € 35.000.000,00 eingespart werden. Das ist, glaube ich, schon noch einmal ein ganz wichtiger Punkt, weil was wollen wir mit diesen 35 Millionen Euro machen? Wir haben heute schon gehört, es fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Wir können jetzt € 35.000.000,00 für einen Autotunnel ausgeben, oder, wenn wir im Verkehrsbereich bleiben, für eine nachhaltige Mobilität. Wir können um das Geld zwei Kilometer Straßenbahn bauen. Wir können wahrscheinlich 35 Kilometer Radwege bauen oder 190 von diesen 197 Fußverkehrsprojekten umsetzen.

Also, das sind ganz wesentliche Fragen, die da im Hintergrund stehen und ich denke, wir sollten schauen, dass wir das möglichst effizient und effektiv und im Sinne der zukünftigen Generationen noch einsetzen. Also werden wir dem Stück jetzt aus einer rechtlichen Notwendigkeit heraus natürlich zustimmen, aber wie es die Frau Vizebürgermeisterin schon gesagt hat, werden wir alles dafür tun, dass wir andere zukunftsfähige Lösungen für Reininghaus finden. Dankeschön.

Gemeinderat Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich repliziere gleich darauf und das hängt ja auch mit meiner Frage zuvor zusammen. Also das zu konnotieren mit Fußgängerkilometern ist ein bisschen falsch. Wir haben gesagt, es ist ein Verkehrsproblem im Westen, aber erstens wird man das Auto nicht wegstücken. Ob es jetzt kein Fossil betrieben wird, dann werden es halt E-Autos sein. Also ich halte es für eine Utopie, dass Menschen nicht mehr mit dem Auto fahren werden. Zweitens, Sie haben mir nicht sagen können, wann endlich ein Citytunnel gebaut wird und wann eine Alternative im öffentlichen Nahverkehr gefunden werden wird zum Auto, die die Pendler und die Verkehrsproblematik löst. Denn mit

Fußgängerkilometern werden wir das Problem nicht lösen. Deshalb brauchen wir hier Klarheit in der Sache. Wenn sie es nicht bauen, wenn sie es nicht weitertragen wollen, das Konzept, dann geben wir die 1,3 Millionen nicht aus. Dann kriegen wir Schadenersatzforderungen, die wird dann die Frau Vizebürgermeisterin, die Frau Bürgermeisterin zu verantworten haben. Und wenn wir es bauen, wenn wir die 1,3 Millionen weiter investieren wollen, dann müssen wir das Projekt machen. Ich bitte Sie, noch einmal zu überlegen, einmal strategisch Alternativlösungen anzugehen, zwar wirklich gravierende und nicht uns nur das Gehen beizubringen. Danke.

Gemeinderat Dr. **Piffl-Percevic:**

Frau Vorsitzende, Verkehrsreferentin unserer Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe alle. Ich darf unmittelbar bei Philipp Pointner anschließen. Jetzt steht auf einmal im Raum wir schüren ein Alternativpaket und die Investoren werden froh sein, so ungefähr um 35 Millionen ersparen wir uns auch. Also wenn ihr, wie wir immer deutlicher sehen, nicht daran denkt, wortwörtlich das zu realisieren, das ist ja nicht erst heute entstanden. Es war zum Beispiel dieses berühmte Verkehrsgutachten der TU, da ist geprüft worden und als Ergebnis steht ja bis 300.000 Bruttogeschossfläche, ab dann 300.000, ist diese Josef Huber-Gasse-Unterführung notwendig. Da hätte es auch schon bei der Errichtung der Straßenbahnunterführung als Teilalternative eine Seitenlage des ÖVs geben können, dann wäre die Verkehrsleistungsfähigkeit der GKB-Unterführung wesentlich höher gewesen. Ich frage dich daher, du brauchst jetzt, wahrscheinlich, kannst du nicht antworten, um wie viel Bruttogeschossfläche hätten wir in Reininghaus mehr bauen können, wenn wir einen vergleichsweise geringen Aufwand damals als sogenannte Alternativlösung machen und die Straßenbahn in Seitenlage bringen und den Individualverkehr damit leistungsfähiger Richtung Reininghaus strömen lassen können?

Im Übrigen, Kollege Kozina-Voit, dieses Alternativmaßnahmenpaket ist nicht Beschlusslage in dem Beschluss. Ich wollte es nur sagen, das ist jetzt auch wieder so eine Welt, die man sich zu malen beginnt, das ist ja unwahrscheinlich. Wir sollen 1,375 Millionen Euro, nicht nur bewilligen, um irgendwo ein Projekt finanziert haben. Es ist genau vorgesehen, wofür die jetzt ausgegeben werden. Für die Baufeldfreimachung, Ablöse durch die Marienhütte, die muss drei Gebäude, Sozialgebäude und so weiter, freimachen, damit das überhaupt möglich ist. Es ist ein Vertrag im Abschluss, der Herr Baudirektor weiß da wahrscheinlich mehreres, ein Dienstbarkeitvertrag, damit man unten durchfahren kann, eine Entschädigung für die Ablöse für die Gebäude, habe ich schon gesagt. Es sind Straßen, die Südbahnstraße teilweise zu verkaufen, da gibt es einen Erlös und es sind Grundstücke anzukaufen. Im Übrigen hast du auch ausgeführt, dass das Ganze auf dem Rahmenplan passiert, den wir einstimmig hier beschlossen haben, dass der 4.0-FLEWI auch entsprechende Flächenvorsorgen getroffen hat. Bitte, wo sind wir denn? Und du sagst nunmehr es interessiert mich nicht, ich denke nicht daran. Zum selben Zeitpunkt willst du € 1.375,00 Millionen von uns bewilligt haben, wo sowas, ich bin jetzt seit 2000 im Gemeinderat, aber sowas habe ich noch nicht erlebt. Das ist ja absurd. Das ist ja hü und hott zur selben Zeit. Du hast eine Verantwortung und du willst sie offensichtlich auf uns abwälzen, damit du nicht vertragsbrüchig wirst, dann müssen wir die Frage stellen, was kostet ein Herausgehen aus den Verträgen, ist das vielleicht billiger? Du setzt uns nicht in die Lage, hier guten Gewissens mit dem Informationsstand zuzustimmen. Daher beantrage ich dringend, dass uns etwa der anwesende Herr Baudirektor über dieses Verhältnis informiert. Wir sollen € 1.375.000,00 jetzt bewilligen, die ausgegeben werden, nicht irgendwo gut geschrieben werden. Gleichzeitig sagst du, du denkst nicht daran, das zu realisieren. Das ist absurd. Bitte ermögliche dem Herrn Baudirektor uns da einmal überhaupt Licht in dieses Dunkel zu bringen. Entschuldige, diesen Ausdruck. Ich bin im Moment nur verwirrt.

Gemeinderat **Dreiebner**:

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, Zuseher:innen hier und am Livestream.

Ich bin doch etwas verwundert, wie sehr man hier bemüht ist, zu skandalisieren, dass man einerseits in einer Verpflichtung ist, diese Planungen fortzuführen, um eben nicht in eine Rechtsschwierigkeit, in eine juristische Schwierigkeit mit massiven Folgekosten für die potenziellen massiven Folgekosten für die Stadt Graz zu kommen, weil eben keine Baubewilligung unter Umständen mehr erteilt werden kann in Reininghaus von der Bau- und Anlagenbehörde. Und wenn der Kollege Pointner sagt, dann sollen halt die Frau Kahr und die Frau Schwentner, ich glaube, Bürgermeisterin und Vizebürgermeisterin, hat er auch gesagt, dann halt das eingestehen müssen, quasi, dass man das dann bezahlen muss. Dann meine ich doch, dass wir alle verantwortlich sind, dass wir das Beste aus Situationen, die oft verzwickelt sind, für diese Stadt machen. Es ist nicht egal, ob man, wenn auch immer, dann Gelder zahlen muss nach Gerichtsbeschlüssen. Wenn Herr, mehrere eigentlich, aber jetzt zuletzt Peter Piffli-Percevic sagt, er hat noch nie erlebt, dass man Geld in eine Planung gesteckt hat und dann wurde das nicht weiterbetrieben und vollendet, dann kann ich deinem Gedächtnis schon ein bisschen auf die Sprünge helfen. Stichwort Südwestlinie und Innenstadtentlastung. Hier im Dezember 2011 Planungsbeschluss mit Planungsmitteln. Ich glaube, das waren 2,5 Millionen Euro damals. 2018 hätte diese Straßenbahn fahren sollen über den Griesplatz, über die Rösselmühlgasse, dann nach rechts die Entlastung für die Herrengasse in die Annenstraße. Heute bauen wir in der Neutorgasse etwas anderes, aber auch das zweite Gleis quasi, und weiter über Lazarettgasse, Don Bosco, Reininghaus-Süd. Dieses Geld wurde in Planungen gesteckt. 2014 hat der damalige Verkehrsstadtrat Eustacchio mit Bürgermeister Nagl gemeinsam eine Umplanung angekündigt, mit dem neuen Gemeinderatsbeschluss. Ja, das ist alles möglich und

schlussendlich kam dann ja auch unter Bürgermeister Nagl noch der Umbeschluss in Richtung Neutorlinie. Also es ist schon möglich zu sagen, ich gehe in eine Planung hinein, dann brauche ich einen Gemeinderatsbeschluss, weil ich andere Optionen offen sehe und für vernünftiger erkenne für die Entwicklung dieser Stadt. Und genau das tun wir hier. Einerseits nicht in eine rechtliche Dilemma-Situation uns hineinzumanövrieren mit massiven Folgekosten und andererseits an Alternativen zu arbeiten, die mit Klimaschutz, Verkehrswende, Mobilitätsplan 2040 und der autoarmen Entwicklung des Grazer Westens bzw. von Reininghaus zusammengehen. Deswegen wundert es mich, wie schwierig es oft ist, für manche von euch, sich zu erinnern. Schlussendlich danke, dass du versucht hast mich zu zitieren, lieber Kollege Topf. Schlecht zitiert ist halt oft auch ein bisschen schwierig, weil ich gemeint habe, wir hätten es ankaufen sollen und unter Umständen überlegen sollen, ob wir Teile oder das Ganze als Brache in unserem Besitz belassen, um es für die Zukunft aufzubewahren und für die nächsten Generationen da Bauentwicklungen möglich zu machen. Und ja, der eben von dir erwähnte ehemalige Klubobmann Wolfhard haben verhandelt über diesen Ankauf. Das war eigentlich relativ kurz vorm Abschluss. Und dann möchte ich mich noch an etwas erinnern, dann kam Bürgermeister Nagl mit seinen Haushaltsbefragungen, Umfragungen, also wie wir das auch immer nennen wollen, weil er gleich ein paar Fliegen mit einem Schlag erwischen wollte. Er hat da ja auch die Umweltzone bzw. solche Fragen abgefragt und hat sich dann auf Basis dieses Volksentscheids, der nicht wirklich in den Wahlzellen stattgefunden hat, vom Ankauf Reininghaus verabschiedet. Dem Kollegen Rüschi bin ich heute noch dankbar für die Idee, das anzukaufen.

Gemeinderätin **Hopper**:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtsenatsmitglieder.

Zur tatsächlichen Berichtigung möchte ich mich zu Wort melden, dass hätte ich dazu sagen sollen. Ich bin nicht in diesem Ausschuss vertreten, aber es ist mir hier ein Bedürfnis nach Karls Wortmeldung, doch noch einmal kurz herauszugehen. Es ist natürlich einfach hier in dieser Debatte jetzt da zwei Sachen gleichzusetzen, die de facto einfach nicht gleich sind und das weißt du natürlich, aber das ist das Spiel, das wir alle ein bisschen spielen, insbesondere ihr, wenn ihr nicht mehr weiter wisst, dass man dann am besten gleich einmal kurz in die Vergangenheit schaut, wo ihr wahrscheinlich bei den Beschlüssen eh auch dabei wart, aber die euch jetzt inzwischen nicht mehr zur Sache und nicht zu anderen Projekten, und das macht für mich einen Unterschied, ob man gerade zur Sache spricht oder zu irgendwelchen anderen Planungsbeschlüssen. De facto ist es so, dass du jetzt da behauptest, dass wir auch in der Vergangenheit Planungsbeschlüsse hier sehr oft gemeinschaftlich und einstimmig beschlossen haben, die dann in dieser Form keine Umsetzung gefunden haben und das stimmt so. Da möchte ich dir auch nicht widersprechen, weil da sind wir sehr, sehr oft auch einer Meinung dann auf einen anderen Weg gegangen und gesagt, das ist so gescheiter, sehr, sehr oft auch einstimmig. Gleichzeitig ist es aber nicht dasselbe, wie wenn wir hier einen Millionenbetrag beschließen für eine Planung, wo die dafür zuständige Stadträtin vor ein paar Stunden hier gesagt hat, sie denkt gar nicht dran, auch nur irgendetwas davon umzusetzen, wenn es nicht eine bessere Möglichkeit gibt. Und gleichzeitig in dieser ganzen Debatte sagt, die ganzen Mittel, die wir da beschließen, bleiben uns dann vielleicht eh erhalten, weil dann haben wir eine andere Lösung, die dann vielleicht, das hört man irgendwie so zwischendurch, gar nichts kostet und das macht ja den Unterschied. Deswegen, und das hat der Herr Ehrenklubobmann gerade vorher sehr, sehr klar gesagt. Es ist skurril, dass wir hier gerade ein Stück vorliegen haben, dass wir gebeten werden, zu beschließen, idealerweise einstimmig, wo wir auch in der Vergangenheit schon Beschlüsse dahingehend gefasst haben und hier eigentlich auch gewissermaßen den gleichen Weg

verfolgt haben, wo aber jetzt das zuständige Stadtsenatsmitglied sagt, dass das nicht in Frage kommt, dass das auch nur ansatzweise zu einer Umsetzung kommt.

Diese Diskrepanz ist nicht zu vergleichen mit geänderten Umständen in der Vergangenheit oder Dingen, die du da hier gerade gleichsetzen wolltest. Natürlich ist es einfacher, aber es ist mir wichtig, dass man da vielleicht schon noch einmal differenziert, weil das ist, was anderes und das versteht, glaube ich, auch draußen jeder, selbst wenn man es hier ein bisschen anders darstellen möchte.

Gemeinderat Mag. **Pointner**:

Werte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleg:innen.

Gleich im Anschluss an das Gesagte, gehen wir in die Zukunft. Es geht um die 1,3 Millionen und es geht aber vorwiegend um die Menschen, die jetzt da in Reininghaus schon leben und die sich auf Beschlüsse eigentlich verlassen haben. Wie das Ganze angebunden wird, Geschäftsleute gibt es dort. Frau Kollegin Würz-Stalder wird einen wunderbaren Antrag, einen dringlichen, einbringen, der sich genau damit beschäftigt, was machen wir Gutes mit Reininghaus. Deshalb meine Frage jetzt, sowohl an Herrn Dreisiebner und an die Frau Vizebürgermeisterin: Was sind die konkreten neuen Verkehrserschließungspläne, die Sie auf dem Tisch haben und die uns begründen, warum wir das nicht bauen? Bitte um Aufklärung.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (15:40)

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Also, ich würde gerne auf eines hinweisen: Der Herr Baudirektor war gestern auch im Ausschuss und wir hätten viel Zeit gehabt, im Ausschuss das Thema zu diskutieren. Wir

waren alle da, es gab keine Fragen., wenn ich mich richtig erinnere. Es gab keine Diskussion gestern. Die Diskussion hätte es geben können, wir hätten die Zeit und den Raum gehabt. Wir waren nach einer Stunde mit dem Ausschuss fertig und ich glaube, wir stehen nach wie vor alle zur Verfügung, weiter darüber zu diskutieren, gerne. Ich würde auch gerne etwas sagen in Richtung Kollege Pointner. Ich habe mir die Sache nicht leichtgemacht und sie ist tatsächlich ein riesiges Dilemma. Wir waren nämlich das letzte Jahr damit beschäftigt, Gutachten uns geben zu lassen, wie die rechtliche Situation ist, ob es Möglichkeiten gibt, sozusagen aus diesem Rahmenvertrag herauszukommen und trotzdem die Aufschließungserfordernis zu gewährleisten, weil ja, die Bauträger da bauen wollen und weil natürlich, und da gebe ich allen recht, die Menschen in Graz das Recht haben zu erfahren, wie es da weitergeht. Ich habe gleichzeitig auch vom Gemeinderat die Aufgabe mitbekommen und ich nehme das sehr, sehr ernst, die Klimaziele der Stadt Graz ernst zu nehmen, nämlich bis 2040 klimaneutral zu werden und die Mobilitätsziele der Stadt ernst zu nehmen. Das steht alles in einem gewissen Widerspruch dazu, eine Unterführung wie die Josef Huber-Unterführung zu bauen, jetzt nach diesen Beschlüssen im Jahr 2024. Ich stehe in diesem Dilemma und ich kann nicht versprechen, dass es so oder so ausgeht. Fakt ist, diese 35 Millionen, die das Projekt mindestens kosten wird, wir kennen alle die Baukosten und die steigen nur, also diese mindestens 35 Millionen wurden wir, außer dem Gemeinderatsbeschluss, den es gibt, nicht mitgegeben von Ihrer Vorgängerregierung. Diese 35 Millionen, bestätigt mir auch der Stadtrechtungshof, waren nie budgetiert, die kann ich nicht erfinden. Daher sehe ich es als meine Aufgabe, möglichst, nach wie vor, der Verkehrserschließung und meiner Verantwortung nachzukommen, nämlich dieses Gebiet Verkehrserschließen zu können. Die Menschen müssen natürlich hinfahren und wegkommen und zum anderen alle anderen Ziele der Stadt Graz, nämlich die Mobilitätsziele und Klimaziele nachzukommen.

Das Bauen oder nicht, ist nicht die Frage, es geht darum, kann ich die Erschließungsziele erreichen oder nicht. Es geht nie um das Bauen, aber sozusagen die Aufstiegserfordernis dieses Gebietes. Es ist eine verdammt schwierige Frage, wir haben die mit mehreren Gutachten eben prüfen lassen, mit einem rechtlichen Gutachten, das braucht Zeit, das ist im letzten Jahr passiert, mit einem Verkehrsgutachten, das uns eben gesagt hat, es braucht nicht nur die Mobilitätsziele, sondern auch die Mobilitätsmaßnahmen und wir werden es weiter versuchen. Der Ausgang ist leider offen, weil ich nicht weiß, wie das ausgeht, wie wir dieses Gebiet besser erschließen können, als eine Unterführung zu bauen, die nicht in die Zukunft führt, nämlich weiter graue Energie verbraucht im Sinne des Unterführungsbaus und die Mobilitätsziele nicht entspricht.

Daher werden wir uns weiterhin darum bemühen und wir können gerne im Ausschuss auch mit der Stadtbauverwaltung und allen, die daran beteiligt sind, weiter diskutieren. Ich hätte die Diskussion gestern wünschenswert gefunden. Gefunden, danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15:44)

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Werter Gemeinderat, liebe Vorsitzende. Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Ich möchte noch einmal anknüpfen an das, was Anna Hopper gesagt hat. Es hat 2010 einen Planungsbeschluss für die Innenstadtentflechtung gegeben, mit dem Motiv, durch die Planung zu einem Ziel zu gelangen. Jetzt, werden Planungsmittel beschlossen und die zuständige Verkehrsstadträtin hat das Motiv, das Ziel zu bekämpfen, aus meiner Sicht ist das äußerst verantwortungslos. Im Bildungsbereich haben wir heute bereits ausführlich diskutiert, brauchen wir jeden Euro und dann passiert so etwas.

Daher, wie du gesagt hast, besteht die Möglichkeit, mit dem Herrn Stadtbaudirektor Werle zu sprechen. Es wurde bereits erwähnt, dass die Information zu Verkehrsprojekten in dem Haus nicht einwandfrei ist. Jetzt haben wir die Gelegenheit, es sind noch viele Fragen offen. Wer diese Diskussion mitverfolgt hat, du hast auch keine Alternativen nennen können. Ich möchte daher darum bitten, da auch viele Zuseherinnen und Zuseher offene Fragen haben, den Stadtbaudirektor ans Rednerpult zu bitten, damit wir hier die nötigen Informationen erhalten. Es geht um Transparenz. Ich bitte dich, dass du uns aufklärst.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich möchte festhalten, dass wir gestern die Möglichkeit gehabt hätten, das Thema ausführlich im Ausschuss zu diskutieren. Diese Möglichkeit besteht auch im nächsten Ausschuss. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich habe gesagt, was ich gesagt habe, dass wir das im nächsten Ausschuss gerne wieder diskutieren können. Gestern war die Zeit und alles sind nach einer Stunde fertig gewesen.

Gemeinderat Dr. **Piffli-Percevic:**

Frau Vorsitzende und Verkehrsreferentin, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. An Absurdität ist das kaum zu überbieten. Wir hätten gestern ausgehend, wir haben eine Frage auf der Tagesordnung gehabt. Gemeinderat Markus Huber hat die Frage gestellt, wie du zu dem Projekt stehst und du hast die unglaubliche Antwort gegeben: "Ja, ich will € 1.300.000,00 von euch, aber ich denke nicht daran, das Projekt auszuführen." Glaubst du ehrlich, wir hätten gestern annehmen können, dass du heute so eine absurde Antwort gibst? Du hast offensichtlich vor, du hast ja das letzte Wort vor einer Abstimmung, denn erstens, den Herrn Baudirektor, gegen unsere Forderung nicht einzuladen. Ich darf daher noch für mich und ich nehme an für viele, eine

juridischen Frage stellen: Welcher Schadenersatz droht uns, welcher höhere Schaden entsteht, wenn wir heute zustimmen zu einem Projekt, das sicher nicht zustande kommt und damit diese Millionen verloren sind, oder ist der Schadenersatz größer, wenn wir nicht zustimmen, dass die Investoren und alle, die für Reininghaus gekämpft haben, uns klagen auf Zuhaltung dieser Verpflichtungen.

Ich kann auf die Schnelle weder die Summe der Verpflichtungen quantifizieren. Ich habe nur zwei Fragezeichen und ich glaube, auf Griechisch ist das ein klassischer Fall von Skylla u. Charybdis. Also eins von beiden wird schlagend und du verlangst uns in dieser Ungewissheit eine Abstimmung ab und verweist auf eine gestrige Sitzung mit der Möglichkeit. Das ist für mich absurd und ich kann nur unter Protest, den ich hiermit protokolliert habe, unser Klub hat sich noch nicht entschieden. Ich darf auch noch fordern, eine Unterbrechung der Sitzung, damit wir im Klub beraten können, wie wir zwischen Skylla u. Charybdis hier durchkommen oder wir gar nicht an der Abstimmung teilnehmen. Alles weitere ist der Klubentscheidung vorbehalten.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (15:49)

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen.

Also ich möchte generell einmal darauf hinweisen, dass diese Ausrede, dass immer die Vorgängerregierung an allem schuld ist, dass die einfach nach zweieinhalb Jahren nicht mehr zählt, meine lieben Freunde. Viele von euch waren auch im Gemeinderat und haben mitgestimmt. Wir haben das Projekt Reininghaus unter Schwarz-Grün beschlossen. Also so zu tun, als müssten wir jetzt Sachen umsetzen, von denen wir nie etwas gewusst haben und bei denen wir nicht dabei waren, zählt schlicht und ergreifend nicht.

Und liebe Frau Bürgermeisterin, Sie tragen die Gesamtverantwortung in dieser Stadt. Wie finden Sie es, dass wir 1,3 Millionen Euro beschließen, die wir dringend zum Beispiel im Bildungsbereich brauchen, weil dieser mit 6 Millionen Euro unterdeckt ist? Nur damit Ihre Vizebürgermeisterin da abstruse Planungen vorantreiben, obwohl wir alle wissen, dass das sowieso nicht zustande kommt. Da möchte ich schon wissen, was Sie dazu sagen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gerne Herr Gemeinderat Huber, das kann ich Ihnen sagen. Wir haben jetzt ein Gemeinderatsstück zur Abstimmung zu bringen, weil es hier um, das ist ein Stück, was aus rechtlicher Sicht auch eingebracht werden muss, wie Sie sehen und das steht heute hier zur Abstimmung und darum würde ich Sie auch ersuchen. Bitte Herr Stadtrat Hohensinner.

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Zur Geschäftsordnung. Es steht der Antrag auf Unterbrechung der Sitzung, weil wir uns nach dem, was die Frau Vizebürgermeisterin von sich gegeben hat, nicht in der Lage sind, abzuschätzen, ob da irgendwelche Verantwortung mit einem Beschluss mit sich ergehen. Deswegen stelle ich den Antrag auf Abstimmung, dass wir die Sitzung unterbrechen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, das hast du jetzt konkretisiert, weil zuerst hat der Herr Gemeinderat nur gesagt er fordert es, aber wenn man einen Antrag stellt, kommt er selbstverständlich zur Abstimmung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann würde ich

vorschlagen, dass wir den Antrag von Stadtrat Hohensinner auf Sitzungsunterbrechung in dem Fall abstimmen. Wer ist dafür?

Genauso ist es vernünftig, dass man da nicht hitzig herumtut, sondern wirklich in Ruhe sich zusammensetzt. Ich würde vorschlagen, reicht es 15 Minuten für Sie? Passt, dann machen wir 15 Minuten Sitzungsunterbrechung und wir treffen uns fünf Minuten nach 16 Uhr. Bis bald.

Unterbrechung der Gemeinderatsitzung. 15:50 Uhr

Fortsetzung der Gemeinderatsitzung. 16:15 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir sitzen mit der Gemeinderatssitzung fort und ich darf vielleicht bitten, gleich zu Beginn, nachdem Stadtrat Hohensinner, Judith Schwentner und ich beieinander waren, mit Herrn Magistratsdirektor und dem Herrn Baudirektor über die rechtliche Situation und den Grund, warum wir dieses Stück heute auf der Tagesordnung haben. Ich bitte ihn, zum Rednerpult zu kommen und das für uns alle gemeinsam zu berichten.

Baudirektor DI Mag. **Werle**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, gerne werde ich, vor allem wiederholend natürlich für die gestrige Ausschusssitzung, noch einmal die Aspekte vorbringen, warum ein Beschluss heute von großer Bedeutung ist.

Ich darf in Erinnerung rufen, ausgehend vom Rahmenplan Graz Reininghaus 2010, wurden Aufschließungserfordernisse für den Vollausbau von Reininghaus beschlossen. Diese Aufschließungserfordernisse waren unter anderem ein Nachweis über die

Leistungsfähigkeit der äußeren Erschließung. Ein wesentlicher Baustein dabei ist, neben unseren Hausaufgaben, die wir vorbildlich getätigt haben, praktisch mit Beginn der Besiedlung von Reininghaus, unser leistungsfähigstes öffentlich Verkehrsmittel, die Straßenbahn, in Betrieb zu nehmen, Radwege, Fußwege zu bauen, ebenso für den Vollausbau dieses Unterführungsbauwerk für EMI-V, wenn notwendig, öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr auch mitzurichten. Dieses Bauwerk hat eine lange Geschichte. Es wurde genehmigt, dann quasi eingewendet und dann schlussendlich mit Bescheid des Amtes der steirischen Landesregierung am 25.08.2020 beschlossen. In Folge wurde es vom Bundesverwaltungsgericht am 06.12.2022 dann letztinstanzlich beschlossen. Die Fertigstellungsfrist von Ende 2027 ist von großer Bedeutung, weil noch eingeholten Rechtsexpertisen diese umgehend auch anzustreben ist und quasi jetzt der Vollzug dieses Bescheides nicht vorsätzlich verzögert werden darf. Andernfalls ist die Gefahr groß, dass Klagen gegen die Stadt erfolgreich eingebracht werden können. Das wurde also rechtlich ermittelt, was für uns jetzt wieder betrifft, dass wir in der Umsetzung dieses oder Vollziehung dieses Bescheides in eine Phase kommen, wo das Baufeld, das für die Unterbauung erforderlich ist, eben mit der Marienhütte auf diesem Areal vertraglich zu vereinbaren ist mit diesen Kosten, die Sie im Stück entnehmen können.

Sollten aber, das steht auch im Stück auf der zweiten Seite, letzten Absatz, bis zum Sommer 2024 Alternativen zur Sicherstellung der äußeren Erschließung und damit der Gesamtentwicklung des Stadtentwicklungsgebiets Reininghaus gefunden werden, könnte dann, das zu erwarten, die Investitionsvolumen von geschätzten € 35.000.000,00 eingespart werden. Das heißt, parallel arbeiten wir an Alternativen, die liegen aber noch nicht vor, sind nicht beschlussreif. Eben weil der aufrechte Beschluss zu vollziehen ist, ist dieses Stück vorgelegt und sollte auch beschlossen werden, damit keine Verzögerung eintritt.

Was regelt dieses Stück, in aller Kürze? Eine Entschädigung für die Einräumung einer Dienstbarkeit für die Errichtung und Betrieb dieser Unterführung für die Marienhütte.

Entschädigungen für Ablösen des Büromagazinsozialgebäudes, das umgesiedelt werden muss auf dem Areal, die Verpflichtung der Marienhütte zur Errichtung eines Bürogebäudes als Ersatz für das jetzige auf dem Baufeld, dann Entschädigungen für Grundinanspruchnahme während der Bauzeit und aber auch der Verkauf eines Teilabschnitts.

Ganz kurz, es ist im Rahmenplan auch festgelegt, eine Neustrukturierung der Südbahnstraße des Stadtteils, unabhängig jetzt von der Unterführung. Das wird hier mit geregelt, damit ist eine Arrondierung der Marienhütte des Betriebsareals gegeben. Raumplaner ist sinnvoll, das ist hier auch gegeben, dieser Verkauf der Südbahnstraße, ein kleiner Teil, sind Einnahmen für die Stadt und, was auch geregelt ist, Aufträge an die Immobilienabteilung, weitere Grundstücke noch zu verhandeln im östlichen Teil der Bahn.

Sollte eine Alternative bis zum Sommer vorliegen, würden diese Kosten nicht anfallen, weil dem würde man sie nicht kaufen müssen, aber sie müssten jetzt verhandelt werden. In Summe sind auch noch Einlösekosten mit der ÖBB-Infrastruktur ein Übereinkommen zu treffen, weil wir ja ein Zeitfenster nutzen müssen, um zu unterbauen. Sollte es eine Alternative geben, würden auch hier Kosten nicht anfallen. Und daher in Summe, ja, regelt dieses Stück jetzt eben, diese Planung und das Zeitfenster, das wir sehen, bis zum Vorhabensbeschluss wäre eben bis zum Sommer dieses Jahres, weil dann ist quasi aus unserer Sicht die letzte Möglichkeit gegeben, umzuschwenken auf eine Alternative oder eben diesen Bescheid in der vorgelegten Form zu vollziehen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herzlichen Dank, dass Sie, Herr Direktor, das noch einmal zusammengefasst haben, was de facto so ja auch im Stück steht, aber noch einmal verdeutlicht, warum wir dieses Stück heute so beschließen sollten. Und wenn Sie einverstanden sind, kommen

wir jetzt zur Abstimmung. Ich darf Sie bitten, wer für dieses Stück ist, bitte einmal zeichnen mit der Hand. Gegenprobe des Stückes so einstimmig angenommen. Besten Dank. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 26 und ich darf bitten, Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner um Berichterstattung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.26 Stk 26.) ABI-2631-2003-333

**Änderung Tarif-u Fördersystem Kinderbildung
u-Betreuung**

Berichterstatter: Stadtrat Hohensinner, MBA

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Gäste, via Livestream. Ich lege heute ein ganz wichtiges Stück vor, das die Mindestleistungen unserer Kinderbetreuung sicherstellt. Warum, sage ich nur, Mindestleistungen? Dieses Stück ermöglicht im Wesentlichen die Fortführung der meisten Gruppen im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich. Einige Verschiebungen wird es leider trotzdem geben, aber das Stück ist eben, wie gesagt, dringend notwendig, damit der Großteil der bestehenden Gruppen erhalten bleibt und vor allem der Teuerungsausgleich für die gemeinnützigen Träger bereitgestellt wird.

Ich mag aber auch generell, was zur Kinderbildung und Betreuung sagen. Ich meine, wir haben in der Fragestunde schon darüber diskutiert, die budgetären Nöte der Bildungsabteilung werden leider jetzt auch öffentlich. Wir haben in den letzten Tagen leider immer wieder von drohenden Schließungen lesen müssen. Wir haben derzeit ein finanzielles Problem, um neue zusätzliche Gruppen ab Herbst aufzumachen. Wir haben zwar jetzt dann auch einen Zusatzantrag von Philipp Pointner, den ich natürlich sehr

begrüße, dass wir bis März auch ein Konzept erstellen, wie wir wieder in eine Ausbauoffensive gelangen. Also diesen Antrag unterstütze ich sehr. Sollte das nicht gelingen, sollten wir diese finanziellen Mittel nicht bekommen, dann droht uns ein Absturz bei den Versorgungsgraden. Wir hatten ja einmal 97 %, jetzt haben wir nur noch 93 %. Wenn wir jetzt nicht wirklich aktiv was machen, werden wir unter 90 % fallen. Wir haben auch ein finanzielles Problem, was die Ausbildungsschienen anbelangt. Auch hier haben wir die notwendigen Mittel nicht. Ein weiteres Problem ist, dass gerade in Graz Umgebung ganz viele Träger ausbauen. Das heißt, hier werden wir auch Personal verlieren und wir haben auch zu wenig Budget, jene kleinen privaten Träger ins Tarifsysteem aufzunehmen, die unter der Teuerung leiden. Also da droht uns einiges mehr an Schwierigkeiten, ich hoffe, dass wir das abwenden können.

Ich möchte aber an dieser Stelle auch gleich einmal unterbinden, dass die Koalition wieder mit ihrem Narrativ kommt, es sind alle schuld, nur nicht die Koalition selbst oder alle sind in der Verantwortung, nur nicht die Koalition selbst. Ich möchte in Erinnerung rufen, das Land Steiermark hat die Hausaufgaben erledigt, es gibt ein erneuertes Gesetz, es gibt vor allem auch jetzt eine einheitliche Bezahlung der Pädagog:innen und Betreuer:innen landesweit. Ich weiß, es gibt das Grazer-Modell, aber da war die Regierung nie bereit, auch die privaten Träger mitzunehmen. Jetzt ist es der Fall, mit dem neuen Landesgesetz. Ich möchte an dieser Stelle einen Dank an Werner Amon richten, aber auch an die Sozialdemokratische Partei, die das auf Landesebene mitgetragen hat.

Auch der Bund hat die Hausaufgaben erledigt. Wir haben heute schon einmal gehört, über den Zukunftsfonds werden uns über 9 Millionen Euro bereitgestellt werden und ich möchte noch einmal unterstreichen, das ist ganz, ganz wichtig, dass wir dieses Geld mit dieser Zweckwidmung auch für die Kinderbildung und Betreuung in Graz verwenden dürfen, zusätzlich zu dem Budget, das wir jetzt für dieses Jahr beschlossen haben. Ich nehme wirklich auch die Vertreter:innen der Koalition, die im

Bildungsausschuss waren, beim Wort. Sie haben gesagt, sie werden sich einsetzen beim Finanzstadtrat, dass wir dieses Geld auch zusätzlich nutzen können.

Punkt drei, und das muss ich euch an dieser Stelle noch einmal sagen, die Koalition hat das jetzige Budget um 6 Millionen Euro unterdeckt, obwohl ich schon im Herbst gesagt habe, was das bedeutet, auch für das jetzige Stück, das ich einbringe, für die Änderung des Tarifmodells, dass das 3 Millionen Euro ausmacht. Den Manfred Eber habe ich auch gebeten, bei den Verhandlungen mit dabei zu sein, du lieber Manfred hast gesagt: „Verhandelt es einmal und dann schauen wir schon“. Ich habe dann kurz vor Budgetbeschluss dir rückgemeldet, es braucht allein für diese Tarifänderung im Jahr 2024 3 Millionen, im Jahr 2025 3,2 Millionen Euro. Wir haben es bis dato noch nicht eingestellt bekommen und diese Verzögerungstaktiken, es kommt schon, wir werden schon, also das hilft uns nicht weiter, vom Bund wissen wir jetzt ganz genau, welches Geld kommen wird und ich ersuche bitte noch einmal wirklich mit Nachdruck, dass die Kolleginnen und Kollegen der Bildungsabteilung möglichst schnell dieses Geld bekommen, dass wir wieder in eine Offensive gehen können. Das jetzige Stück hilft den gemeinnützigen Trägern.

Wir haben da drei Änderungen, die eine Änderung ist, dass die Valorisierung sich schon immer mit Jänner niederschlägt, nicht erst mit Betreuungsstart im September.

Der zweite Punkt ist, dass die Essensbeiträge angehoben werden. Heuer von 3,48 Euro auf 3,82 Euro und es gibt dann auch viermal die Auszahlung. Das war auch ein Wunsch der Träger, wir haben ja dann irgendwann einmal monatlich umgestellt, aber das viermal im Jahr, das war der Wunsch eben der Träger. Die Zeit ist hart, ich verstehe die Eltern. Also ich habe selbst zwei Kinder in Bildungseinrichtungen und da fordere ich wirklich ein, dass wir da den parteiübergreifenden Schulterchluss für die Familien in Graz machen. Das Stück hilft uns ein Stück weiter, aber es sichert nur den Status quo ab. Also in den Ausbau werden wir nicht kommen. Von dem her braucht es wirklich jetzt die finanziellen Mittel, um in die Gänge zu kommen. Ich bitte um Annahme dieses Stückes, aber es braucht viel mehr, damit wir wirklich die Familien in Graz unterstützen

können, in der Form, wie wir es immer hier am Rednerpult sagen. Da braucht es wirklich jetzt einmal Fleisch für die Umsetzung. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Die Valorisierung der Betriebsförderung erfolgt jeweils zu Beginn eines Kalenderjahres, beginnend mit 1.1.2024.*
- *Die Höhe der Verpflegungskosten, die in den Normkosten berücksichtigt sind, wird an jenen Betrag angepasst, welcher in den von der Stadt Graz festgelegten Beitragstabellen für die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen zur Anwendung kommt.*
- *Einer Änderung der Auszahlungstermine für die Betriebsförderung wie oben angeführt wird zugestimmt.*
- *Dem adaptierten Vertrag Städtisches Tarifsysteem — Tarifgleichstellung wird zugestimmt.*

Stadtrat **Eber**:

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat und im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich darf kurz einiges dazu sagen. Zum Antrag selber hat der Kurt ja eh schon in aller Kürze das formuliert, aber ich möchte natürlich auch auf einige Diskussionsthemen eingehen, die wir in den letzten Wochen vor allem auch immer wieder gehabt haben und dann vielleicht auch noch ein, zwei Sätze zum Zusatzantrag vom Kollegen Pointner. Zunächst einmal Unterdeckung in Höhe von 6 Millionen Euro wird immer wieder vor allem jetzt von dir Kurt behauptet. Tatsache ist, es gibt und hat schon gegeben mehrere Abstimmungstermine zwischen Finanzdirektion und ABI, wo man

einmal versucht, die Zahlen zu erarbeiten. Also welche Zahlungsströme von Stadt zum Land und vom Land zur Stadt sind aufgrund der gesetzlichen Neuerungen, die es auf Landesebene gegeben hat. Also welche Zahlungsströme werden da auf uns zukommen, was heißt es dann in Summe und welcher Bedarf ist dann tatsächlich gegeben. Ob das zwei Millionen, vier Millionen, sechs Millionen oder welche Zahl auch immer sind, davon sind wir jetzt noch weit entfernt. Also wir haben diese Zahlen noch nicht bekommen, das ABI ist dabei das zu berechnen. Das ist auch nicht einfach, weil auch das Land da natürlich noch keine abschließenden Zahlen vorlegen kann, aber da hoffen wir natürlich, dass das in den nächsten Wochen der Fall sein wird. Wir warten auf die Zahlen in der Finanzdirektion, wir haben sie noch nicht bekommen. Das ist auch in einem Mail von gestern vom ABI an die Finanzdirektion so bestätigt worden. Sobald diese Zahlen vorliegen, wird natürlich der nächste Schritt gesetzt werden können, also wir gehen da natürlich schön der Reihe nach vor.

Neue Gruppen, ja, sind notwendig, gebe ich dir völlig recht, weil natürlich ist auch ein Ziel, ich glaube, von uns allen da im Gemeinderat ist, die Betreuungsquote möglichst hochzuhalten, sowohl in den Kindergärten als auch in den Kinderkrippen. Es ist meines Wissens im letzten Jahr kein Antrag eingelangt, neue Gruppen ins Tarifsystem aufzunehmen. Gleichzeitig ist es so, dass eine erste Schnellschätzung, wenn man das so sagen will, von der Finanzdirektion ergeben hat, dass im ABI zumindest 2 Millionen Euro an Budgetresten 2023 noch vorhanden sind. Das sind Gelder, die dem ABI zur Verfügung gestanden sind, aber nicht verwendet, nicht verbraucht worden sind. Das heißt, diese Gelder werden dann auch aufs Sparbuch kommen und können natürlich auch im laufenden Jahr eingesetzt werden.

Wie gesagt, also sobald die Zahlen abschließend da sind, können wir natürlich gerne und werden, und das haben wir auch immer so kommuniziert, werden wir das selbstverständlich natürlich auch einen allfälligen Fehlbetrag zur Verfügung stellen können, insbesondere auch, wie du ja schon gesagt hast, weil im Zuge der

Finanzausgleichsverhandlungen hier Mittel auch vom Bund übers Land an die Gemeinden gehen werden.

Vielleicht zum Zusatzantrag vom Kollegen Pointner noch ein paar kurze Bemerkungen. Also hier wird ein Paket gefordert, Vollzeitoffensive, die die Träger unterstützt, mehr Vollzeitstellen auszuschreiben. Ich bin der Meinung, wir haben hier ein Normkostenmodell, wo die Träger, die privaten Träger also die entsprechenden Mittel von der Stadt bekommen, um ihre Gruppen aufrecht erhalten zu können. Ich glaube, Kurt, du wirst das auch so sehen, wir können den Trägern im Privaten natürlich nicht vorschreiben, ob sie Voll- oder Teilzeitbeschäftigte aufnehmen. Im Bereich der Stadt haben wir es ja geschafft, in den letzten ein, zwei Jahren, dass wir die Vollzeitquote deutlich erhöht haben und dass wir auch die, sagen wir mal, Halbtagsbeschäftigten auch auf ein höheres Niveau gebracht haben.

Weitere Erhöhung der Förderungen, um die Betreuungsqualität zu verbessern, also noch einmal, hier gibt es ein Normkostenmodell, wo es klare Vorgaben seitens des ABI an die privaten Träger gibt, was Qualität, Größe usw. anbelangt. Hier einfach jetzt mehr Geld hineinzuschaufeln, ist aus meiner Sicht nicht notwendig, sondern da gibt es ja eben auch vom Land, vom Bund, von der Stadt entsprechende Geldmittel und ein Ausbauplan für Kindergärten und Kinderkrippen. Also ich gehe davon aus, Kurt, dass das ABI natürlich solche Pläne im Wesentlichen vorliegen hat, beziehungsweise Überlegungen vorliegen hat, wo in welchen Stadtbezirken ist der meiste Bedarf vorhanden, wo müsste hier am ehesten etwas geschehen. Dankeschön.

Gemeinderat Mag. **Pointner**: (Zusatzantrag)

Werte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregerung.

Dann werde ich jetzt einmal das vorstellen, worauf der Herr Stadtrat schon Bezug genommen hat, aber mein Gott, manchmal umgekehrt ist auch geritten, heißt es im Rosenkavalier, auch ein schönes Stück.

Ja, wir haben zwei Fälle für uns, die uns aufgeschreckt haben. Das ist einerseits die Schließung in der Heinrichstraße vom Kindergarten dort, wo wir natürlich mitbekommen haben oder versichert bekommen haben, dass da kein Platz verloren geht. Wo wir noch keine Sicherheit haben, ist, dass die Wohnortnähe nicht verloren geht. Also die Eltern sind zurzeit in einer gewissen Unsicherheit und der Kindergarten Heilandskirche, wo tatsächlich 34 Plätze verloren gehen, die wir auffangen müssen. Der Herr Stadtrat hat es gesagt, der Versorgungsgrad sinkt und das wollen wir nicht. Wir wissen natürlich alle, dass wir auch von einer Gruppengröße runterkommen wollen in den nächsten Jahren, von 25 auf 20. Das heißt, ich darf da ein bisschen widersprechen, dem Herrn Stadtrat, das geht sich nicht aus, wenn wir nicht mehr Geld in die Hand nehmen und da können wir uns nicht nur auf dieses Normkostenmodell verlassen, sondern wir müssen auch als Stadt mehr Geld in die Hand nehmen. Auch die Ausstattung von mehr Vollzeitstellen ist notwendig, damit der Beruf der Pädagogin attraktiver wird, auch im gemeinnützigen Bereich. Wir dürfen die Gemeinnützigen nicht aushungern, sondern müssen sie da gut ausstatten. Ausbau ist auch gesagt worden, dass das deutlich notwendig ist und ich darf jetzt meinen Zusatzantrag einbringen.

Zusätzlich zu den im Hauptantrag intendierten Forderungen werden die zuständigen Stellen beauftragt, bis spätestens Mai 2024, das ist eine kleine Änderung, die ich aber schon bekannt gegeben habe, ein Maßnahmen- und Finanzierungspaket zur Verbesserung der Situationen in elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu prüfen, sodass die Betreuungsquote in Graz nachhaltig gehoben werden kann. Dieses Paket muss zumindest umfassen eine Vollzeitoffensive, ich kürze jetzt ein bisschen ab, eine weitere Erhöhung der Förderungen, um die Betreuungsqualität zu verbessern, und ein Ausbauplan für Kindergärten und Kinderkrippen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Graz zu verbessern.

Es gibt eine Studie, sechs von zehn steirischen Familien sind derzeit nicht der Meinung, dass Vollzeitarbeit und Kinderbetreuung vereinbar ist. Das ist auch ein

besorgniserregendes Signal. Kommen wir ins Handeln, nehmen wir bitte für unsere Jüngsten einfach Geld in die Hand. Es ist gut, gut, gut angelegt, danke.

Originaltext des Zusatzantrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Zusätzlich zu den im Hauptgutachten genannten Forderungen werden die zuständigen Stellen beauftragt, bis spätestens März 2024 ein Maßnahmen- und Finanzierungspaket zur Verbesserung der Situation in den elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu prüfen, sodass die Betreuungsquote in Graz nachhaltig gehoben werden kann. Dieses Paket muss zumindest umfassen:

- Eine Vollzeitoffensive, die die Träger dabei unterstützt, mehr Vollzeitstellen auszuscheiden,*
- eine weitere Erhöhung der Förderungen, um die Betreuungsqualität zu verbessern und*
- einen Ausbauplan für Kindergärten und Kinderkrippen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Graz zu verbessern.*

Gemeinderätin Wutte, MA:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie und im Livestream.

Es ist sicher ein Thema, das uns alle in den letzten Tagen bewegt hat. Es gab viele mediale Berichterstattungen. Viele von uns, denke ich, sind angesprochen worden, von Bekannten, von besorgten Eltern. Ich war selbst mit einigen Eltern in Kontakt und habe gemerkt, dass es natürlich sehr viele Ängste und Sorgen gibt, wie immer, wenn die eigenen Kinder betroffen sind und man einfach nicht weiß, wie es dann weitergeht im Herbst.

Es ist jetzt im Zusatzantrag der NEOS thematisiert worden, auch schon in der Fragestunde. Was ich in diesen Gesprächen gemerkt habe, ist, dass wahnsinnig viel Halbinformation und Falschinformation tatsächlich kursieren zu dem Thema. Da nehme ich jetzt auch den Zusatzantrag der NEOS in der schriftlichen Form nicht ganz aus, weil dort steht es auch drinnen, als ob die Wicki-Gruppe quasi ersatzlos geschlossen werden würde. Du hast das jetzt in der Wortmeldung eh ganz richtig gesagt, dass das nicht der Fall ist, aber vielleicht kann man es auch im schriftlichen noch korrigieren, weil es ist im Krone-Zeitungsartikel auch irreführend gestanden und das löst dann immer so Ängste bei den Menschen aus, die man teilweise aufklären kann. Es ist auch gleichermaßen irgendwie irritierend, wir waren alle gemeinsam in dem Ausschuss und haben da eigentlich sehr viele objektive und gute Informationen erhalten, wenn man jetzt so tut, als ob diese konkreten von Schließung bedrohten Gruppen – es ist ja noch nicht entschieden – als ob das mit irgendwelchen Einsparmaßnahmen der Stadt zu tun hätte.

Also im Wiki-Fall ist es definitiv nicht der Fall. Es ist auch gesagt worden, dass die Förderung der Stadt gleichgeblieben ist und jetzt auch indexiert wurde. Früher nämlich, als es normalerweise passieren würde, eben, wie du ganz richtig gesagt hast, Kurt, und dass das quasi eine betriebswirtschaftliche Entscheidung des Trägers Wiki ist. Genau, wir beschließen die Indexierung heute.

Das ist im Ausschuss ganz objektiv und gut erklärt worden, wir waren alle dabei, also alle, die Ausschussmitglieder sind und ich würde es einfach sinnvoll finden, wenn dann auch einfach alle von uns sich verantwortlich fühlen und diese Informationen nach außen tragen. Es hilft ja den Eltern auch nichts, wenn sie dann irgendwie hören, ja, der Stadt ist, sind die Kindergärten nicht wichtig und die werden zum Tode gespart und sonst noch was. Wenn es jetzt in dem konkreten Fall wirklich überhaupt nichts damit zu tun hat, auch beim Fall Heilandskirche. Das hängt in keinsten Weise mit städtischen Förderungen zusammen, sondern wir haben im Ausschuss gehört, das Gebäude ist sanierungsbedürftig und der jetzige Betreiber sieht sich nicht im Stande, dieses Geld in

die Hand zu nehmen für die Sanierung, also das hängt in keinsten Weise mit irgendeiner Unterdeckung des Budgets des ABI zusammen.

Und was wollte ich jetzt noch sagen? Also diese Schließungen, um die es in konkreten Fällen geht, die haben keinen Zusammenhang mit dem ABI-Budget und das würde ich einfach gut finden, wenn wir alle in dem Sinne die Bevölkerung auch informieren.

Was aber stimmt ist natürlich, dass wir große Herausforderungen in den nächsten Jahren haben werden, dadurch, dass eben die Gruppengrößen reduziert werden. Das ist ein total richtiger und wichtiger Schritt. Eigentlich die wichtigste Forderung der Pädagog:innen und Betreuer:innen seit Jahren. Denen ist die Bezahlung wichtig, aber noch wichtiger ist ihnen, dass sie qualitativ arbeiten können. Dass sie nicht mehr zu zweit mit 25 Kindern in dem Raum sind, mit einem unfassbaren Lärmpegel, mit einer Situation, wo die Betreuer:innen nicht einmal aufs Klo gehen können, teilweise, um überhaupt noch die Aufsichtspflicht zu gewährleisten. Und das, was man seit Jahren hört, ist, die Leute wollen kleinere Gruppen, damit sie das tun können, was sie tun wollen, nämlich einfach gut die Kinder betreuen, gut mit ihnen arbeiten, sie gut fördern.

Das passiert jetzt, das ist ein richtiger Schritt, bedeutet aber, dass wir als Stadt viele neue Gruppen eröffnen müssen. Ist im Ausschuss auch ganz richtig gesagt worden. Dafür braucht es Geld. Es gibt jetzt zum Glück diese zugesagte Förderung des Bundes, wo wir auch schon wissen, in welcher Höhe, und das ist auch das nächste Thema. Ich glaube, niemand hat jemals infrage gestellt, mit dem ich gesprochen habe, dass diese Förderung nicht dafür verwendet werden soll, wofür sie gedacht ist. Wir alle wollen, dass diese Förderung der Kinderbildung zugutekommt. Also auch hier finde ich nicht, dass man irgendwelche diffusen Ängste sozusagen in den Raum stellen muss.

Abschließend finde ich, es ist uns allen ein großes Anliegen, dass die Kinderbildung sich in Graz verbessert. Das ist auch legitim, dass man als Opposition noch mehr will und noch mehr fordert und sagt, noch mehr Geld wäre wichtig, aber machen wir es doch einfach mit seriösen Argumenten. Mit den richtigen Zahlen und mit Fakten und

verunsichern nicht Eltern und Familien, die sich dann am Ende des Tages überhaupt nicht auskennen.

Gemeinderätin Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

Jetzt hat meine Vorrednerin natürlich schon die wichtigsten Dinge herausgegriffen, die ich natürlich auch gerne einbringen möchte, nämlich das, dass für uns die Bedeutung von Kinderbetreuungseinrichtungen einen ganz, ganz wichtigen Stellenwert haben.

Und wir wissen im Grunde genommen seit Jahren, dass es nur langsam angestiegen ist und dass jetzt irgendwelche Probleme entstehen, ist natürlich ein Punkt, wo wir

handeln müssen. Aber wir sind vor allem auf städtische Einrichtungen stärker

konzentriert und ich finde, da ist einiges passiert in den letzten Jahren, weil es gibt, ist

zum Beispiel die Überschneidungsstunde eingeführt worden, in dem 54 zusätzliche

Vollzeitarbeitsplätze in der städtischen Kinderbetreuung geschaffen wurden, 2,4

Millionen Euro. Jetzt kann man natürlich sagen, es ist ein kleiner Schritt, es bedarf noch

mehr, aber es ist so, dass die Auswirkung zumindest dieser Maßnahme bei den

Pädagog:innen ist, zum Beispiel die Quote der Vollzeitstellen von 64 % auf 76 %

angestiegen. Bei den Betreuerinnen und Betreuern konnte die Anzahl der

Beschäftigungsstunden von über 30 Stunden pro Woche nahezu verdoppelt werden

und von 23 % im Vorjahr auf aktuell 45 %. Dadurch konnte natürlich schon die

Betreuungsqualität auch verbessert werden und stellt gleichzeitig eine Entlastung für

die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dar. Der nächste Punkt, den ich hervorstreichen

möchte, ist, dass das Gehaltsschema ausgearbeitet und eingeführt worden ist und

dieses dient jetzt für das steiermarkweite, einheitliche Gehaltsschema für

Kinderbetreuungspersonal bis zu 200 Euro mehr im Monat. Die Stadt zahlt hier mit,

dass dieses verbesserte Gehaltsmodell für alle Trägervereine im Grazer Stadtgebiet

gilt, nämlich, und da waren zwei Millionen Euro. Corona-Premier für die städtischen

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und ein Teuerungsausgleich für die Träger von 2,3 Millionen Euro im Jahr 2023. Also, es ist ein Interesse da und es hat einfach positive Schritte in der Entwicklung gegeben. Es ist sicher zu wenig, aber was ich jetzt auch noch einmal hervorstreichen möchte, ist das, dass man nicht im Vorfeld schon über Mittel, also so wie gesagt worden ist, die 9 Millionen, die gibt es noch nicht. Das heißt, da kann man irgendwie ständig das wiederholen, wir müssen die 9 Millionen oder so, die sind schon in Aussicht gestellt, was auch immer, solange sie nicht angewiesen sind und die sind ja auch gezielt für den Kinderbetreuungsbereich dann zur Einsetzung zu bringen. Wichtig ist es für mich schon, dass man natürlich mitüberlegt, Gruppenverkleinerungen führen natürlich auch zu höheren Kosten, logischerweise. Verbesserungen sind einfach erforderlich. Wenn man die finanziellen Mittel hat, sollen in diese Richtung mehr Möglichkeiten entwickelt werden. Dafür ist es uns ganz, ganz wichtig, hervorzuheben, dass wir eine Verbesserung, eine Qualitätsverbesserung, erzielen wollen. Aber das heutige Stück, da geht es eigentlich um ganz was anderes, aber es wird trotzdem immer verknüpft. Das sehe ich als Problem und deshalb ist es mir wichtig, das hervorzuheben. Wir werden also dem Stück natürlich die Zustimmung geben, weil es ja irgendwie um die, zum Beispiel, die Essenskosten, die etwas angehoben werden müssen und diese Dinge, die ganz wichtig sind. Da sind wir natürlich dafür. Wir werden aber auch, das hat der Herr Stadtrat vorher schon geäußert, dem NEOS-Antrag Zustimmung geben, auch wenn wir natürlich derweilen noch Schwierigkeiten haben, wie wir die Betreuungsqualität und all diese Maßnahmen, die gesetzt werden müssen, verbessern können. Wie das also in den nächsten Jahren umgesetzt werden kann und eben auch der Ausbau umgesetzt werden kann, aber ich denke, das sollte man trennen. Man kann nicht immer von Geld reden, das noch nicht zur Verfügung steht und damit uns den Vorwurf irgendwie machen, wir würden keine Bedeutung und Wichtigkeit in der Kinderbetreuung sehen.

Gemeinderat **Brandstätter**:

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher.

Sehr geehrte Frau Taberhofer, genau den Vorwurf machen wir, dass eben das Geld noch nicht angewiesen ist. Ein Vorwurf, den Sie gerade an den Bund bezüglich der 9,7 Millionen erhoben haben und der uns in der Stadt genauso trifft, dass nämlich in dem Fall 6 Millionen Euro, die für Projekte, die Sie teilweise hier jetzt ausgeführt haben und schon verkaufen, noch nicht in der Abteilung vorhanden sind und jetzt durch Umschichtungen zur Verfügung gestellt werden müssen, die natürlich wieder andere Einsparungen im Bildungssystem bedeuten. Ja, dann könnte man durchaus den Eindruck gelangen, dass ihnen eben die Bildung nicht so sehr am Herzen liegt, wie sie behaupten. Wenn dann Frau Wutte hier behauptet, dass nicht mit seriösen Argumenten und Zahlen gearbeitet werden würde, dann ist das schon ein schwerer Vorwurf gegenüber der Abteilung und dem Bildungsstadtrat. Der einfach nur vorlegt, inwieweit sein Budget unterdeckt ist. Natürlich sind diese Dinge auch verknüpft, Frau Taberhofer, weil es geht um die 3 Millionen Euro, die wir heute für dieses Projekt beschließen. Es geht um 2 Millionen Euro für ein Gehaltsschema, das Sie gerade ankündigen, die aber noch nicht im Budget eingestellt sind und es geht um 1 Million Euro für Ausbildungsmaßnahmen, die, wie wir alle wahrscheinlich zustimmen werden, dringend notwendig sind, um eine Verkleinerung der Gruppengrößen und grundsätzlich eine höhere Qualität sicherstellen zu können. Und jetzt ist es natürlich so, dass einzelne Gruppenschließungen nicht immer darauf zurückzuführen sind, wie viel Budget jetzt gerade eingestellt wurde, aber es geht natürlich um eine strukturelle Frage, was ist uns der Bildungsbereich wert und was ist es uns wert, jetzt die notwendigen Schritte, auf die wir seit mindestens einem Jahr eigentlich schon länger hinweisen, zu setzen. Da muss man einmal offen die Zahlen, Daten und Fakten seriös auf den Tisch legen, und eine davon ist zum Beispiel, dass seit Sie an der Regierung sind mit dieser Koalition kein einziger Kindergartenplatz mehr in Graz eröffnet werden konnte, was davor seit Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner diese Agenten führt, jedes

Jahr aufs Neue passiert ist. Das liegt nicht daran, dass es dem Bildungsstadtrat jetzt kein Anliegen mehr wäre, neue Kindergartenplätze zu eröffnen, sondern weil einfach die finanziellen Ressourcen nicht für die Planung und für die Voraussetzungen so da sind, wie das die Abteilung der Bildungsstadtrat für notwendig erachtet. Jetzt sind wir sehr froh, dass alle Kommunen in Österreich durch die Bundesregierung gerade in dem Bereich Unterstützung bekommen. Wenn jetzt schon einige Gemeinderäte und Gemeinderätinnen aus der Koalition sagen, dass es definitiv so ist, dass dieses Geld, das zweckgewidmet ist, auch den Kindern zugutekommen soll, dann will ich diesen guten Willen auch ernst nehmen. Aber dann frage ich mich, warum sich der Herr Finanzstadtrat nicht dazu durchringen kann, das auch so eins zu eins einmal in diesem Gremium zu sagen und zuzusagen, dass genau das mit diesem Geld passieren wird, weil es ist bis jetzt nicht passiert. Wenn Sie das festlegen können, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, weil dann würden wir uns einen großen Teil der Debatten wahrscheinlich ersparen. Nur dieses Geld muss zusätzlich zur Verfügung gestellt werden zu dem, was bereits jetzt im Bildungsbudget eingestellt wurde. Diese Zusage ist bis jetzt leider in der Form noch nicht getroffen worden. Falls das doch noch passiert, freuen wir uns und wir stimmen diesem Stück natürlich zu. Wir wollen grundsätzlich natürlich mit euch allen gemeinsam weiterhin daran arbeiten, dass Kinderbetreuung und Kinderbildung in Graz einen ganz großen Stellenwert hat. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich habe versucht, doch aufzupassen immer, aber ich hätte das gehört, dass du das gesagt hast, aber es ist der Herr Stadtrat Robert Krotzer am Wort.

Stadtrat Mag. **Krotzer:**

Dankeschön. Ja, liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Mitglieder des Gemeinderats. Ich habe jetzt vorher noch einmal kurz den Wikipedia-Artikel von Kurt Hohensinner angeschaut. Lieber Kurt, du feierst nächste Woche dein zehnjähriges Jubiläum als Stadtrat für Bildung. 24. Jänner, sagt zumindest Wikipedia, muss nicht immer stimmen, aber es sind auf jeden Fall zehn Jahre. Zehn Jahre, von denen acht Jahre unter Bürgermeister Nagl und ÖVP-Finanzstadträten, jetzt zwei Jahre unter Bürgermeisterin Elke Kahr und Finanzstadtrat Manfred Eber. Ich glaube, und wenn alle sozusagen einmal in sich gehen, können Sie sagen, in den letzten beiden Jahren ist der Stadt im Bereich der Elementarpädagogik sehr, sehr viel gelungen, was die Arbeitsbedingungen, insbesondere unserer Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen in der Stadt betrifft. Die Vollzeitoffensive ist schon genannt worden, viele weitere Verbesserungen. Wir wissen auch, dass hier letztendlich der Schlüssel liegt, weil es ja auch in diesem Bereich oder gerade in diesem Bereich einen sehr, sehr hohen Engpass, was das Personal betrifft, gibt. Da ist sehr, sehr viel unternommen worden und auch sehr viel Geld aufgewandt worden von der Stadt und mit sehr, sehr viel Unterstützung, insbesondere durch Manfred Eber als Finanzstadtrat und als Personalstadtrat. Das, glaube ich, können wir so einmal festhalten. Jetzt ist die Frage der budgetären Bedeckung und auch die Frage, wie es vom Gemeinderat Brandstätter angesprochen worden ist, wie schaut es aus mit der zusätzlichen Aufnahme von Kindergartengruppen und sozusagen, die ja auch dann im Stadtsenat beschlossen werden. Im vergangenen Jahr hatten wir keine einzige Aufnahme einer Gruppe. Das hatten wir eben nicht, aber da müssen wir auch ganz offen darüber reden, was die Gründe dafür sind. Da haben wir vielfach eben das Thema des Personalmangels und wenn dann jetzt behauptet wird, es liege am Budget, dann darf ich noch einmal daran erinnern, was Manfred Eber als Finanzstadtrat eben gesagt hat, dass eben 2 Millionen Euro im Bildungsbereich, die budgetiert gewesen sind, jetzt auf Sparbuch gewandert sind, weil es eben sozusagen sogar eine budgetäre

Überdeckung gegeben hat. Natürlich wird das Geld auch weiter für die Bildung zur Verfügung stehen, aber am Geld kann es da nicht gelegen sein und das glaube ich ist auch wichtig, dass wir das einmal so allgemein zur Kenntnis nehmen, dass wir auch aufhören, dass wir da Parteitaktiken über das Interesse der Kinder und der Eltern stellen und dass wir einfach ganz offen darüber reden, wo sind die Probleme.

Stadtrat Mag. **Krotzer**:

Lieber Kurt, du kennst die Debatte ums Budget und du kennst sozusagen auch die Debatte, sozusagen die Rückmeldungen der Finanzdirektion, die Gespräche von ABI und Finanzdirektion dazu ganz genau. Wir sind sehr froh, wir stehen auch nicht an, zu sagen, dass es sehr, sehr gut ist, dass die Bundesregierung jetzt auch entsprechend gehandelt hat, dass in diesem Zukunftsfonds sehr viel Geld eingestellt ist, zusätzlich für die Kinderbetreuung unbedingt notwendig. Dass wir Stadt Graz mit € 9,7 Millionen davon profitieren, das ist gut, richtig und wichtig und das können wir so festhalten, auch wenn dort andere Farben regieren als hier. Das würde ich aber darum bitten, dass man das auch hier zur Kenntnis nimmt für die Stadt, dass vieles erreicht worden ist und dass es ein großes Bemühen gibt, diese Dinge auch weiter gut voranzubringen. Da, glaube ich, wäre es gut, wenn wir alle ein bisschen mehr zusammenhalten, weil die Probleme sind groß. Danke.

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Danke, lieber Robert. Du kennst dich im Pflegebereich sehr gut aus. Da waren deine Ausführungen, was das Geld betrifft, nicht ganz so, wie es in der Realität aussieht. Das tut mir leid, aber wir können uns gerne mit der Bildungsabteilung zusammensetzen. Ich kann dir sagen, und das hat der Martin, glaube ich, ganz gut ausgeführt, alleine jetzt haben wir 6 Millionen Euro zu wenig. Also, wenn du jetzt von 2 Millionen Euro

redest. 1 Millionen Euro für die Ausbildung, und du hast gerade eben über den Betreuer:innen- und Pädagog:innenmangel gesprochen. Die Ausbildung ist wirklich ganz wichtig und dieses Geld haben wir nicht eingestellt bekommen.

Es wurde ausgeführt von der Uli Taberhofer, dass der Manfred Eber auch in der Kleinen Zeitung schon zugesagt hat, dass wir für dieses steiermarkweit einheitliche Gehaltsschema, dass wir Aufkommen als Stadt Graz. Zwei Millionen Euro wurde von Manfred Eber zugesagt. Dieses Geld habe ich leider nicht ins Budget eingestellt bekommen und ich rufe noch einmal in Erinnerung, das Stück, das wir heute beschließen, habe ich ebenfalls nicht im Budget. Die 3 Millionen Euro, obwohl ich das im Dezember auch ausführlich kundgetan habe, das wurde mir nicht eingestellt. Und wenn dann die Frau Wutte sagt, ja, und dann mit unseriös und Halbwahrheiten und im Ausschuss gibt es dann ein Aufschreien, wenn ich sage, ich muss umschichten und das ist unser unseriös. Natürlich ist unser Budget bis zum letzten Cent quasi vergeben. Das wird ja natürlich vor einem Jahr gemacht und wir haben nicht einfach so 3 Millionen Euro für dieses Tarifmodell, nicht einfach so 2 Millionen Euro für das einheitliche Gehaltsschema, nicht einfach so die Million für die Bildung, also bitte bleiben wir wirklich bei den Tatsachen. Dieses Geld brauchen wir jetzt. Also, ich habe schon in der Dezember-Sitzung, bei meiner Rede, gesagt und gewarnt, dass wir zu wenig Geld haben. Bis heute wird immer vertröstet, immer wird gesagt, das Land muss erst alles auf den Tisch legen und der Bund. In Wirklichkeit brauchen wir das Geld. Der Martin Brandstätter hat eines gebeten von dir, lieber Manfred, und die Frau Bürgermeisterin hat mir jetzt gerade vorher gesagt, "Na, das ist kein Problem, der Manfred hat es eh schon gesagt." Ich hätte gerne aus deinem Mund einfach das Statement, dass diese über 9 Millionen Euro, wenn sie kommen, wirklich zusätzlich zu meinem jetzigen Budget mit der Zweckwidmung Kinderbildung und Betreuung bereitgestellt werden. Ich hätte gerne von dir jetzt die Zusicherung. Also, ich habe sie im Ausschuss bekommen, die Frau Bürgermeisterin hat es mir in Aussicht gestellt, ich hätte es gerne von dir auch noch einmal gehört. Danke.

Stadtrat Mag. **Krotzer**:

Tatsächlichen Berichtigung, entgegen der Ausführungen, steht im von dir selbst eingebrachten Stück, ist der Satz zu lesen: "Diese Mehrkosten sind im laufenden Cashflow 2024 berücksichtigt."

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Natürlich, weil ich jetzt in der Bildungsabteilung umschichten musste. Mir wäre es natürlich ganz recht gewesen, wenn ich das Budget schon jetzt im Dezember eingestellt bekommen hätte, aber das ist nicht der Fall. Wenn ich nicht das umgeschichtet hätte, wäre das Stück unzulässig. Weil, wenn dieser Satz nicht drinnen steht, wird der Finanzdirektor sagen, "Liebe Grüße, das können wir nicht dem Gemeinderat vorlegen." Aber dieses Geld, wo wir jetzt in Vorleistung gehen, habe ich in anderen Bereichen der Bildung zu wenig. Bitte versteht das einmal.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, möchte ich nur einmal sagen, es hat der Herr Stadtrat Eber, wenn man zugehört hat, gesagt und ich sage es jetzt noch einmal, wenn diese Mittel vom Bund kommen, diese über 9 Millionen Euro, auch die Kollegin Wutte hat es gesagt, dann werden wir, also wenn du jetzt die Koalition, mich oder den Herrn Stadtrat beim Wort nehmen möchtest, selbstverständlich die der Bildung zuführen. Das ist jetzt wieder, du hast die Frage gesagt, ob diese zusätzlichen Mittel für die Bildung zur Verfügung gestellt werden und dazu kann ich ja sagen. Gibt es jetzt noch weitere Wortmeldungen, weil sonst, du hast jetzt schon das Schlusswort, weil du warst der Berichterstatter und du wärst jetzt noch einmal am Wort, oder?

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Ich sage danke, ich möchte nur noch einmal festhalten, ich freue mich, dass ich jetzt von der Bürgermeisterin der Stadt Graz die Zusicherung bekommen habe, dass falls die Bundesmittel fließen, dass wir diese über 9 Millionen Euro zusätzlich zum jetzigen Budget eingestellt bekommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusätzlich habe ich nicht gesagt.

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Okay, dann kennen wir uns aus.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nein, ich habe gesagt, dass diese Mittel vom Bund definitiv der Bildung zugeführt werden. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, wer ist für dieses Stück? Gegenprobe, das Stück ist einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum Zusatzantrag von Herrn Gemeinderat Pointner. Wer stimmt diesem Zusatzantrag zu? Gegenprobe. Das Stück ist angenommen mit Ausnahme der Gegenstimmen von KFG.

Der Zusatzantrag wurde mehrstimmig angenommen (gegen KFG).

Ende Tagesordnung: 17:00 Uhr.